

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/10576 –**

Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2023

Vorbemerkung der Fragesteller

Asylstatistiken beinhalten meist nur Zugangs-, Antrags- und Entscheidungsdaten. Zahlen zu aktuell in Deutschland lebenden Geflüchteten und genauere Angaben zu ihrem aufenthaltsrechtlichen Status sind hingegen schwerer verfügbar, weshalb die Fraktion DIE LINKE. diese seit dem Jahr 2008 regelmäßig erfragt hat (vgl. Bundestagsdrucksache 16/8321 und zuletzt Bundestagsdrucksache 20/9931).

Seit 2017 stellt auch das Statistische Bundesamt eine detaillierte Erhebung zu in Deutschland lebenden „Schutzsuchenden“ auf der Datengrundlage des Ausländerzentralregisters (AZR) vor (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/_tabellen-innen-schutzsuchende.html). Als „Schutzsuchende“ gelten dabei anerkannte Flüchtlinge genauso wie z. B. Asylsuchende, entscheidend ist die „Berufung auf humanitäre Gründe“. Bei vielen Kategorien humanitärer Aufenthaltstitel untersucht das Statistische Bundesamt deshalb zusätzlich, inwieweit diese Personen eine „Asylhistorie“ aufweisen. Sogenannte Visa-Overstayers (ohne Asylantragstellung) fallen damit z. B. aus dieser Statistik heraus, selbst wenn sie später einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten. Die Gesamtzahl der Geflüchteten auf Basis der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. wird aufgrund des aktuellen Status der hier lebenden Personen nach Angaben des AZR ermittelt, wobei ebenfalls nicht nur anerkannte Flüchtlinge, sondern auch Asylsuchende, Geduldete und Geflüchtete mit einem humanitären Aufenthaltstitel berücksichtigt werden. Trotz weniger Erfassungsunterschiede im Detail entspricht die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Gesamtzahl aller in etwa der Summe, die sich aufgrund der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. ergibt. Für das Jahr 2020 waren dies beispielsweise knapp 1,9 Millionen Menschen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/28234 und www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_340_225.html), Ende 2022, nach der Aufnahme von über 1 Million Geflüchteten aus der Ukraine, waren es etwa 3,1 Millionen Personen (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5870 und www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_125_125.html).

Von 1997 bis 2011 war die Gesamtzahl der Geflüchteten in Deutschland von über 1 Million auf unter 400 000 zunächst gesunken, seit 2012 steigt sie wieder an. So lebten Ende 2022 808 000 anerkannte Flüchtlinge in Deutschland, viele von ihnen aus Syrien (alle Angaben, auch im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, aus: Bundestagsdrucksache 20/5870; grafisch übersichtlich aufgearbeitet lassen sich die Zahlen im Verlauf seit 2006 hier finden: taz.de/Gefluechtete-in-Deutschland/15934394/). Zudem gab es 286 000 subsidiär Geschützte, weitere 157 000 Menschen haben einen nationalen Abschiebungsschutz (mit geringeren Rechten) erhalten, darunter viele Geflüchtete aus Afghanistan (98 000). Ende 2022 lebten zudem über 1 Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland (1 045 000), die unkompliziert einen temporären Schutzstatus nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erhalten hatten.

Weitere 120 000 Geflüchtete verfügten Ende 2022 über eine Aufenthaltserlaubnis infolge von Bleiberechts- oder Aufnahmeregelungen (§§ 22, 23 Absatz 1, 104a, 18a, 25a und 25b AufenthG), knapp 57 000 wegen langjährigen Aufenthalts und unzumutbarer Ausreise (§ 25 Absatz 5 AufenthG) und gut 17 000 wegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe (§ 25 Absatz 4 AufenthG). Gut 10 000 Menschen hatten einen Aufenthaltstitel infolge einer individuellen Härtefallentscheidung nach § 23a AufenthG.

Die Zahl der (noch) nicht anerkannten, geduldeten oder asylsuchenden Flüchtlinge war von knapp 650 000 Ende 1997 auf etwa 134 000 im Jahr 2011 gesunken und stieg bis Ende 2022 wieder auf 523 000 an.

Die Angaben des AZR zu ausreisepflichtigen Personen sind zum Teil fehlerhaft und überhöht. Insbesondere Ausreisepflichtige ohne Duldung können z. B. das Land längst wieder (unregistriert) verlassen haben und viele angeblich Ausreisepflichtige sind tatsächlich gar nicht ausreisepflichtig (vgl. Bundestagsdrucksachen 18/12725 und 19/3860 hier die Antwort zu Frage 38 sowie: www.proasyl.de/news/das-angebliche-abschiebungsvollzugsdefizit-statistisch-fragwuerdig-aber-gut-fuer-schlagzeilen/). So musste die Bundesregierung auf Nachfragen einräumen, dass von den Ende 2009 im AZR vermerkten 70 000 angeblich Ausreisepflichtigen ohne Duldung 40 000 im Rechtssinne gar nicht ausreisepflichtig waren (vgl. Antwort zu Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/4631). Für Hessen stellte das dortige Innenministerium Anfang 2021 fest, dass mehr als die Hälfte der Personen ohne Duldung nicht ausreisepflichtig waren oder sich nicht mehr in Hessen aufhielten, die offiziellen Daten spiegelten also „nicht die Realität der Ausreisepflichtigen in Hessen“ wider (vgl. Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/1048) – die Bundesregierung verwies hierzu auf eine „Änderung in der Berechnungslogik zu aufhältigen Personen“ in der AZR-Datenbank, eine „zeitnahe Datenbereinigung“ werde angestrebt (ebd.). Ein halbes Jahr später hieß es, dass die Datensätze ab dem 1. November 2022 „kontinuierlich korrigiert“ würden (Antwort zu Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 20/3201), Ende Februar 2023 erklärte die Bundesregierung, dass „weiterhin umfangreiche Abstimmungsmaßnahmen sowohl technischer als auch fachlicher Natur notwendig“ seien (Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/5870). Zuvor hatten Bund und Länder über drei Jahre hinweg – ergebnislos – darüber beraten, inwieweit Personen statistisch als freiwillig ausgereist erfasst werden sollen, bei denen im AZR „Fortzug nach unbekannt“ notiert ist (vgl. jeweils Antworten zu Frage 35 auf Bundestagsdrucksachen 19/8258 und 20/1048). Im Ergebnis kommt es zu einer statistisch überhöhten Zahl (vermeintlich) in Deutschland lebender Ausreisepflichtiger, insbesondere wenn es keinen positiven Nachweis für die Aus- oder Weiterreise von ausreisepflichtigen Personen ohne Duldung gibt.

248 000 der rund 304 000 zum Ende des Jahres 2022 ausreisepflichtigen Personen (82 Prozent) verfügten über eine Duldung, weil ihre Abschiebung aktuell nicht möglich ist. Wie viele von ihnen nicht abgeschoben werden dürfen oder sollen, wird im AZR nicht erfasst, aber gut 28 Prozent der Duldungsgründe lassen erkennen, dass eine Abschiebung nicht beabsichtigt ist, etwa wegen medizinischer Abschiebungshindernisse oder einer gerichtlichen Anordnung, wegen einer Ausbildung bzw. Beschäftigung, wegen enger familiärer

Bindungen zu Personen mit Aufenthaltsrecht oder wegen eines Asylfolgeantrags. Ein weiteres Drittel der Duldungen wurde aus „sonstigen Gründen“ erteilt, weil die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen (objektiv) unmöglich ist (etwa bei Herkunft aus Afghanistan). Bei 26 Prozent der Geduldeten wurden „fehlende Reisedokumente“ als Erteilungsgrund vermerkt, ohne dass die Betroffenen dies zu vertreten hätten (vgl. hierzu: Antworten zu den Fragen 4 und 12 auf Bundestagsdrucksache 20/2496). Nur etwa 10 Prozent der Duldungen wurden nach § 60b AufenthG erteilt, weil den Betroffenen unterstellt wird, dass sie ihre Abschiebung vorwerfbar verhindern (durch Täuschung oder Nichtmitwirkung bei der Passbeschaffung).

Im Verlauf des Jahres 2023 ist die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland erstmals seit Jahren wieder zurückgegangen, um gut 50 000 auf nur noch etwa 250 000 Personen Ende Oktober 2023 (Bundestagsdrucksache 20/9931). Eine Kurzanalyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ergab (www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse1-2023-mimap.pdf?__blob=publicationFile&v=13, S. 12), dass abgelehnte Asylsuchende mit einer Duldung aus „sonstigen Gründen“ im Zeitverlauf häufig eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, auch Duldungen zur Ausbildung oder Beschäftigung führen überwiegend zu einer späteren Aufenthaltserteilung. Insgesamt sind nach dieser Studie freiwillige Ausreisen und Aufenthaltserteilungen die häufigsten Gründe für eine Beendigung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylsuchender, während Abschiebungen, die oft im Zentrum politischer Debatten bzw. von Gesetzesvorhaben stehen, diesbezüglich nur eine vergleichsweise geringe Rolle spielen (vgl. ebd., S. 9).

1. Wie viele Asylberechtigte lebten nach Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 44.323 Personen mit einer Asylberechtigung im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst, darunter 25.486 männliche und 18.787 weibliche sowie 42 Personen mit unbekanntem Geschlecht und acht Personen mit dem Geschlecht divers. 6.782 Personen waren unter 18 Jahre, 37.538 Personen über 17 Jahre alt, bei drei Personen war das Alter unbekannt. 11.111 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 33.211 Personen sechs Jahre oder länger. Bei einer Person ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.965 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese Asylberechtigten?
- b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
- c) Wie verteilten sich die Asylberechtigten auf die Bundesländer?

Die Fragen 1a bis 1c werden gemeinsam beantwortet.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Asylberechtigte insgesamt	44.323
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	55,2
befristete Aufenthaltsrechte	43,1
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	1,7

Asylberechtigte insgesamt	44.323
darunter:	
Türkei	12.336
Syrien	5.683
Iran	5.288
Afghanistan	3.060
Russische Föderation	1.810
Irak	1.755
Eritrea	1.535
Sri Lanka	1.139
Kosovo	900
Ungeklärt	769
China	638
Pakistan	553
Äthiopien	548
Polen	523
Vietnam	455

Asylberechtigte insgesamt	44.323
Länder	
Baden-Württemberg	5.153
Bayern	4.921
Berlin	2.722
Brandenburg	308
Bremen	630
Hamburg	1.649
Hessen	5.219
Mecklenburg-Vorpommern	159
Niedersachsen	4.814
Nordrhein-Westfalen	13.874
Rheinland-Pfalz	1.417
Saarland	709
Sachsen	1.026
Sachsen-Anhalt	325
Schleswig-Holstein	1.058
Thüringen	339

2. Wie viele nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Flüchtlinge (vgl. § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes [AsylG] und § 60 Absatz 1 Satz 1 AufenthG) lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 744.932 Personen mit Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylgesetzes (AsylG) i. V. m. § 60 Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) im AZR erfasst, darunter 448.639 männliche und 295.738 weibliche, 32 diverse und 523 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 263.784 Personen waren unter 18 Jahre alt, 481.128 Personen über 17 Jahre alt, bei 20 Personen war das Alter unbekannt. 187.745 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 557.014 Personen sechs Jahre oder länger. Bei 173 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 42.735 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese anerkannten Flüchtlinge?
- b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
- c) Wie verteilten sich die anerkannten Flüchtlinge auf die Bundesländer?

Die Fragen 2a bis 2c werden gemeinsam beantwortet.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Flüchtlingsschutz insgesamt	744.932
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	18,0
befristete Aufenthaltsrechte	80,0
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	2,0

Personen mit Flüchtlingsschutz	
Deutschland	744.932
darunter:	
Syrien	355.644
Irak	103.388
Afghanistan	72.598
Eritrea	47.011
Iran	38.144
Türkei	27.728
Ungeklärt	25.854
Somalia	19.384
Staatenlos	9.770
Pakistan	6.961
Russische Föderation	4.940
Nigeria	4.222
Äthiopien	3.341
Guinea	2.890
Aserbaidshjan	2.045

Personen mit Flüchtlingsschutz	744.932
Länder	
Baden-Württemberg	78.164
Bayern	75.041
Berlin	36.882
Brandenburg	12.075
Bremen	13.476
Hamburg	21.609
Hessen	71.380
Mecklenburg-Vorpommern	7.795
Niedersachsen	83.855
Nordrhein-Westfalen	219.288
Rheinland-Pfalz	31.574
Saarland	18.119
Sachsen	20.919
Sachsen-Anhalt	15.770
Schleswig-Holstein	25.625
Thüringen	13.360

3. Wie viele Flüchtlinge mit einem subsidiären Schutzstatus nach § 25 Absatz 2 AufenthG bzw. einem Abschiebungsschutz nach § 25 Absatz 3 AufenthG (internationaler bzw. nationaler subsidiärer Schutz; bitte differenzieren, auch bei den Unterfragen) lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?
- a) Welchen Aufenthaltsstatus hatten diese subsidiär Schutzberechtigten?

Die Fragen 3 und 3a werden gemeinsam beantwortet.

Im AZR werden u. a. Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Absatz 2 Satz 1 2. Alt. AufenthG (subsidiärer Schutz) und nach § 25 Absatz 3 AufenthG (Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder 7 AufenthG) gespeichert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 325.874 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) erfasst, davon 196.335 männliche, 129.348 weibliche, eine diverse Person und 190 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 99.029 Personen waren unter 18 Jahre, 226.834 Personen über 17 Jahre und bei elf Personen ist das Alter unbekannt. 140.089 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 185.676 Personen sechs Jahren oder länger. Bei 109 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 54.180 Personen erhielten den Status erstmalig im Jahr 2023.

Mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG waren 182.352 Personen zum Stichtag 31. Dezember 2023 erfasst, davon 107.306 männliche, 74.915 weibliche und 129 mit unbekanntem Geschlecht sowie zwei diverse Personen. 57.599 Personen waren unter 18 Jahre, 124.707 Personen über 17 Jahre und bei 46 Personen ist das Alter unbekannt. 58.536 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland und 123.725 Personen sechs Jahre oder länger. Bei 91 Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 29.246 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

- b) Welches waren die 15 stärksten Herkunftsländer?
- c) Wie verteilten sich die subsidiär Schutzberechtigten auf die Bundesländer?

Die Fragen 3b und 3c werden gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	
Gesamt	325.874
darunter:	
Syrien	240.196
Irak	21.481
Afghanistan	18.861
Eritrea	13.491
Somalia	7.367
Ungeklärt	6.543
Jemen	2.789
Staatenlos	2.180
Iran	1.639
Russische Föderation	1.456
Libyen	908

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	
Sudan (ohne Südsudan)	732
Türkei	731
Libanon	671
Nigeria	648

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG	
Gesamt	182.352
darunter:	
Afghanistan	118.625
Irak	10.959
Syrien	6.547
Nigeria	6.278
Somalia	6.244
Äthiopien	2.820
Russische Föderation	2.382
Eritrea	2.379
Ungeklärt	1.714
Armenien	1.583
Kosovo	1.518
Iran	1.400
Venezuela	1.250
Türkei	1.247
Guinea	1.245

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 2 AufenthG (subsidiärer Schutz)	Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 AufenthG
Deutschland	325.874	182.352
darunter:		
Baden-Württemberg	26.096	17.072
Bayern	29.271	23.948
Berlin	20.886	11.753
Brandenburg	6.866	5.069
Bremen	5.163	2.338
Hamburg	6.164	10.537
Hessen	25.351	23.782
Mecklenburg-Vorpommern	3.511	2.010
Niedersachsen	39.119	17.111
Nordrhein-Westfalen	94.841	35.407
Rheinland-Pfalz	18.580	8.245
Saarland	7.805	1.356
Sachsen	11.163	6.716
Sachsen-Anhalt	9.549	4.047
Schleswig-Holstein	15.024	9.420
Thüringen	6.485	3.541

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

4. Wie viele Widerrufsverfahren waren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum 31. Dezember 2023 anhängig (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Status differenzieren)?

Nach den Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) waren zum Stichtag vom 31. Dezember 2023 109.044 Widerrufsprüfverfahren eingeleitet und anhängig. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Stand: 31. Dezember 2023	Anhängige Widerrufsprüfverfahren
Staatsangehörigkeiten gesamt:	109.044
darunter:	
Syrien	44.720
Irak	15.809
Afghanistan	11.845
Türkei	6.621
Iran	6.297
Eritrea	4.691
Ungeklärt	3.908
Somalia	3.119
Russische Föderation	1.422
Pakistan	1.188
Staatenlos	1.181
Nigeria	1.179
Äthiopien	580
Guinea	579
Sudan	472

5. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, deren Flüchtlingsstatus widerrufen worden ist (bitte auch nach aktuellem Status, nach Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im AZR 22.362 Personen mit Widerruf/ Rücknahme eines Schutzstatus erfasst. 1.760 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 20.600 Personen sechs Jahre oder länger. Bei zwei Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Widerruf/ Rücknahme des Flüchtlingsstatus	Asylanerkennung nach Artikel 16a GG widerrufen/ zurückgenommen	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 1 AsylG widerrufen/ zurückgenommen	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG widerrufen/ zurückgenommen	Summe
insgesamt	17.545	3.437	1.380	22.362
darunter mit dem Aufenthaltsstatus:				
unbefristete Aufenthaltsrechte	14.534	448	43	15.025
befristete Aufenthaltsrechte	2.499	2.117	844	5.460
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	512	872	493	1.877

Personen mit Widerruf/ Rücknahme des Schutzstatus	
alle Staatsangehörigkeiten	22.362
darunter:	
Kosovo	6.862
Irak	3.682
Türkei	2.693
Syrien	1.632
Serbien	1.118
Albanien	539
Afghanistan	528
Serbien und Montenegro (ehemals)	481
Sri Lanka	357
Iran	348
Eritrea	323
Ungeklärt	280
Armenien	265
Jugoslawien (ehemals)	259
Serbien (ehemals)	212

6. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung aufgrund einer Abschiebestopp-Anordnung nach § 60a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 3.368 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG, darunter 2.247 männliche und 1.115 weibliche sowie sechs Personen mit unbekanntem Geschlecht, im AZR erfasst. 932 Personen waren unter 18 Jahre und 2.436 Personen 18 Jahre und älter. 1.315 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 2.046 Personen weniger als sechs Jahre. Bei sieben Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 2.148 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG	3.368
Länder	
Baden-Württemberg	101
Bayern	353
Berlin	107
Brandenburg	88
Bremen	51
Hamburg	0
Hessen	46
Mecklenburg-Vorpommern	34
Niedersachsen	251
Nordrhein-Westfalen	1.467
Rheinland-Pfalz	101
Saarland	177
Sachsen	108
Sachsen-Anhalt	87
Schleswig-Holstein	329
Thüringen	68

Personen mit Duldung nach § 60a Absatz 1 AufenthG	3.368
alle Staatsangehörigkeiten	
darunter:	
Irak	547
Iran	384
Syrien	212
Russische Föderation	204
Serbien	166
Afghanistan	151
Türkei	142
Nigeria	139
Albanien	99
Nordmazedonien	91
Ukraine	83
Kosovo	77
Georgien	77
Guinea	72
Armenien	71

7. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG (vorherige Rechtslage) bzw. § 19d AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 9.956 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung nach § 18a (Fassung bis 29. Februar 2020) und § 19d (aktuelle Fassung) AufenthG, darunter 8.669 männliche und 1.282 weibliche sowie fünf Personen mit unbekanntem Geschlecht im AZR erfasst. Zwei Personen waren unter 18 Jahre und 9.951 Personen 18 Jahre und älter. Bei drei Personen ist das Alter unbekannt. 9.235 Personen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, 718 Personen sechs Jahre oder weniger, bei drei Personen ist die Dauer unbekannt. 1.539 erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufenthaltserlaubnis nach § 18a/19d AufenthG	Summe
Länder	9.956
Baden-Württemberg	2.093
Bayern	1.702
Berlin	282
Brandenburg	108
Bremen	40
Hamburg	318
Hessen	601
Mecklenburg-Vorpommern	132
Niedersachsen	987
Nordrhein-Westfalen	2.382
Rheinland-Pfalz	402
Saarland	14
Sachsen	222
Sachsen-Anhalt	106

Aufenthaltserlaubnis nach § 18a/19d AufenthG	Summe
Schleswig-Holstein	480
Thüringen	87

Aufenthaltserlaubnis nach § 18a/19d AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	9.956
darunter:	
Afghanistan	2.751
Gambia	778
Irak	581
Albanien	543
Iran	513
Pakistan	510
Guinea	360
Nigeria	344
Armenien	338
Kosovo	225
Ukraine	218
Kamerun	156
Georgien	154
Elfenbeinküste (Cote d' Ivoire)	147
Bangladesch	141

8. Wie viele jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion wurden bis Ende 2023 infolge verschiedener politischer Anordnungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Von 1993 bis zum 31. Dezember 2023 wurden im geregelten Aufnahmeverfahren für jüdische Zuwandernde insgesamt 212.255 Personen aufgenommen. Hinzu kommen 8.535 Personen, die vor Beginn oder außerhalb des geregelten Aufnahmeverfahrens eingereist waren. Insgesamt sind damit 220.790 jüdische Zuwandernde mit ihren Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten eingereist. Die Verteilung nach Ländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Länder	Einreisen/Personen
Baden-Württemberg	20.351
Bayern	32.869
Berlin	1.359
Brandenburg	7.676
Bremen	2.254
Hamburg	5.374
Hessen	18.593
Mecklenburg-Vorpommern	6.648
Niedersachsen	18.413
Nordrhein-Westfalen	52.293
Rheinland-Pfalz	11.634
Saarland	3.248
Sachsen	11.089
Sachsen-Anhalt	7.715
Schleswig-Holstein	6.814
Thüringen	5.925
Gesamt	212.255

9. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge einer Aufnahmeerklärung nach § 22 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2023 insgesamt 32.200 Personen, darunter 16.058 männliche, 16.074 weibliche und drei diverse sowie 65 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 13.756 Personen waren unter 18 Jahre alt und 18.443 Personen über 17 Jahre. Bei einer Person ist das Alter unbekannt. 2.315 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland und 29.883 Personen weniger als sechs Jahren. Bei zwei Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 6.280 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG besaßen zum 29. Februar 2024 insgesamt 33.327 Personen, darunter 16.577 männliche, 16.678 weibliche und drei diverse sowie 69 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 14.144 Personen waren unter 18 Jahre alt und 19.182 Personen über 17 Jahre. Bei einer Person ist das Alter unbekannt. 2.375 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland und 30.949 Personen weniger als sechs Jahren. Bei drei Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 276 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024.

Die weiteren Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	32.200
Länder	
Baden-Württemberg	3.811
Bayern	4.587
Berlin	2.000
Brandenburg	946
Bremen	380
Hamburg	940
Hessen	2.430
Mecklenburg-Vorpommern	447
Niedersachsen	3.039
Nordrhein-Westfalen	7.313
Rheinland-Pfalz	1.653
Saarland	357
Sachsen	1.626
Sachsen-Anhalt	696
Schleswig-Holstein	1.161
Thüringen	814

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	32.200
darunter:	
Afghanistan	30.107
Russische Föderation	977
Syrien	341
Belarus	269
Iran	116
Ungeklärt	57
Irak	49

Ukraine	30
Libanon	25
Staatenlos	19
Jemen	14
Bosnien und Herzegowina	13
Kolumbien	13
Serbien	12
Israel	11

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	33.327
Länder	
Baden-Württemberg	3.873
Bayern	4.888
Berlin	2.036
Brandenburg	1.009
Bremen	382
Hamburg	937
Hessen	2.547
Mecklenburg-Vorpommern	538
Niedersachsen	3.101
Nordrhein-Westfalen	7.400
Rheinland-Pfalz	1.757
Saarland	387
Sachsen	1.679
Sachsen-Anhalt	807
Schleswig-Holstein	1.157
Thüringen	829

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG	33.327
darunter:	
Afghanistan	31.143
Russische Föderation	1.062
Syrien	326
Belarus	267
Iran	130
Ungeklärt	60
Irak	50
Ukraine	28
Libanon	25
Staatenlos	19
Jemen	13
Kolumbien	13
Serbien	12
Bosnien und Herzegowina	12
Israel	11

10. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis infolge der Härtefallregelung nach § 23a AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG besaßen zum 31. Dezember 2023 insgesamt 10.011 Personen, darunter 5.324 männliche, 4.685 weibliche und zwei Personen unbekanntes Geschlechts. 2.964 Personen waren unter 18 Jahre alt und 7.045 Personen über 17 Jahre alt. Bei zwei Personen ist das Alter unbekannt. 8.284 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 1.726 Personen weniger als sechs Jahre. Bei einer Person ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 1.099 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	10.011
Länder	
Baden-Württemberg	473
Bayern	518
Berlin	1.931
Brandenburg	135
Bremen	157
Hamburg	113
Hessen	281
Mecklenburg-Vorpommern	78
Niedersachsen	1.026
Nordrhein-Westfalen	2.355
Rheinland-Pfalz	905
Saarland	68
Sachsen	370
Sachsen-Anhalt	160
Schleswig-Holstein	215
Thüringen	1.226

Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG	10.011
darunter:	
Albanien	1.175
Kosovo	1.133
Serbien	907
Russische Föderation	708
Nordmazedonien	493
Armenien	451
Türkei	439
Aserbaidshon	390
Afghanistan	368
Georgien	336
Iran	279
Bosnien und Herzegowina	275
Irak	272
Ukraine	267
Pakistan	263

11. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG oder eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 oder 4 AufenthG (bitte differenzieren) erteilt wurde (bitte jeweils nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 19.938 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG erfasst. 2.675 Personen waren unter 18 Jahre alt und 17.263 Personen über 17 Jahre alt. 12.707 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 7.231 Personen weniger als sechs Jahre. 2.430 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

Nach § 23 Absatz 2 AufenthG (Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis) waren 87.010 Personen erfasst, davon waren 8.771 Personen unter 18 Jahre alt und 78.239 Personen über 17 Jahre alt. 71.390 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 15.612 Personen weniger als sechs Jahre und bei acht Personen war die Aufenthaltsdauer unbekannt. 3.118 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

Zudem waren nach § 23 Absatz 4 AufenthG (Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnis) 8.973 Personen erfasst, davon waren 3.635 Personen unter 18 Jahre alt und 5.338 Personen über 17 Jahre alt. 1.811 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland, 7.162 Personen weniger als sechs Jahre. 1.984 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

Aufenthaltstitel nach § 23 AufenthG	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 4	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4
Summe	19.938	23.568	63.442	8.675	298
männlich	8.826	11.365	28.298	4.374	163
weiblich	11.092	12.161	35.122	4.287	135
unbekannt	18	41	22	14	0
divers	2	1	0	0	0

Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG	
Länder	
Baden-Württemberg	1.756
Bayern	655
Berlin	3.680
Brandenburg	1.092
Bremen	320
Hamburg	1.048
Hessen	986
Mecklenburg-Vorpommern	31
Niedersachsen	1.094
Nordrhein-Westfalen	4.462
Rheinland-Pfalz	532
Saarland	311
Sachsen	125
Sachsen-Anhalt	130
Schleswig-Holstein	1.942
Thüringen	1.774

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 1 AufenthG	19.938
darunter:	
Syrien	7.706
Kosovo	1.759
Serbien	1.397
Türkei	1.093
Libanon	1.086
Bosnien und Herzegowina	1.051
Irak	801
Ungeklärt	733
Afghanistan	568
Iran	300
Kroatien	255
Russische Föderation	225
Ukraine	208
Staatenlos	184
Sudan (ohne Südsudan)	184

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG
Deutschland	23.568	63.442
Baden-Württemberg	2.932	6.744
Bayern	3.788	10.481
Berlin	1.574	3.808
Brandenburg	635	1.441
Bremen	325	397
Hamburg	659	1.763
Hessen	1.669	4.818
Mecklenburg-Vorpommern	319	1.482
Niedersachsen	2.013	5.405
Nordrhein-Westfalen	5.225	17.000
Rheinland-Pfalz	1.122	2.131
Saarland	305	789
Sachsen	1.217	3.570
Sachsen-Anhalt	501	1.537
Schleswig-Holstein	762	1.219
Thüringen	522	857

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	23.568
darunter:	
Syrien	18.310
Ukraine	1.435
Irak	899
Afghanistan	842
Russische Föderation	750
Ungeklärt	238
Staatenlos	218
Somalia	149
Eritrea	88
Belarus	86
Iran	55
Moldau (Republik)	48

Libanon	44
Aserbaidschan	44
Usbekistan	44

Personen mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 2 AufenthG	63.442
darunter:	
Ukraine	27.439
Russische Föderation	22.909
Moldau (Republik)	2.536
Aserbaidschan	1.667
Usbekistan	1.613
Belarus	1.473
Vietnam	1.228
Kirgisistan	969
Kasachstan	632
Georgien	605
Sowjetunion (ehemals)	433
Staatenlos	398
Lettland	269
Ungeklärt	215
Litauen	154

Länder	Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG	Niederlassungserlaubnis nach § 23 Absatz 4 AufenthG
Deutschland	8.675	298
Baden-Württemberg	1.020	18
Bayern	1.435	27
Berlin	498	6
Brandenburg	232	9
Bremen	109	2
Hamburg	212	14
Hessen	673	17
Mecklenburg-Vorpommern	154	0
Niedersachsen	945	10
Nordrhein-Westfalen	1.672	179
Rheinland-Pfalz	399	9
Saarland	112	0
Sachsen	458	0
Sachsen-Anhalt	249	5
Schleswig-Holstein	295	2
Thüringen	212	0

Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis (AE) nach § 23 Absatz 4 AufenthG	8.675
darunter:	
Syrien	5.289
Sudan (ohne Südsudan)	869
Somalia	703
Eritrea	607
Südsudan	403
Kongo, Dem. Republik	272
Irak	155
Jemen	81

Ungeklärt	60
Äthiopien	49
Burundi	48
Libanon	26
Ägypten	21
Iran	13
Staatenlos	12

Personen mit einer Niederlassungserlaubnis (NE) nach § 23 Absatz 4 AufenthG	298
darunter:	
Ukraine	56
Kosovo	32
Serbien	29
Türkei	28
Irak	16
Afghanistan	14
Syrien	13
Sri Lanka	7
Russische Föderation	7
Iran	6
Vietnam	6
Nordmazedonien	6
Marokko	5
Bosnien und Herzegowina	4
Kongo, Dem. Republik	4

12. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a bzw. § 104b AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum 31. Dezember 2023 waren im AZR insgesamt 644 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis (AE) nach den §§ 104a oder 104b AufenthG im AZR gespeichert. 102 Personen waren unter 18 Jahre alt und 542 Personen 18 Jahre und älter. Weitere Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	AE nach § 104a bzw. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a AufenthG	AE nach § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
Insgesamt	624	20	644
männlich	334	9	343
weiblich	290	11	301

	AE nach § 104a bzw. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a AufenthG	AE nach § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Länder	624	20	644
davon:			
Baden-Württemberg	11	0	11
Bayern	40	9	49
Berlin	48	0	48
Brandenburg	21	0	21

	AE nach § 104a bzw. § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104a AufenthG	AE nach § 23 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
Bremen	24	0	24
Hamburg	15	0	15
Hessen	3	0	3
Mecklenburg-Vorpommern	24	0	24
Niedersachsen	67	0	67
Nordrhein-Westfalen	280	9	289
Rheinland-Pfalz	24	2	26
Saarland	6	0	6
Sachsen	16	0	16
Sachsen-Anhalt	17	0	17
Schleswig-Holstein	26	0	26
Thüringen	2	0	2

	AE nach § 104a bzw. § 23 Absatz 1 i. V. m § 104a AufenthG	AE nach § 23 Absatz 1 i. V. m. § 104b AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	624	20	644
darunter:			
Kosovo	182	5	187
Serbien	104	1	105
Türkei	32	0	32
Irak	28	1	29
Russische Föderation	26	3	29
Syrien	23	0	23
Libanon	19	1	20
Afghanistan	17	2	19
Ungeklärt	14	0	14
China	13	0	13
Pakistan	13	0	13
Armenien	10	0	10
Bosnien und Herzegowina	9	1	10
Serbien (ehemals)	9	0	9
Ukraine	9	0	9

13. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?
- Wie viele Personen lebten zu diesen Daten in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Fiktionsbescheinigung über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erteilt wurde (bitte wie zuvor differenzieren)?
 - Wie viele Personen lebten zu diesen Daten in der Bundesrepublik Deutschland, die als Geflüchtete aus der Ukraine ein Schutzgesuch geäußert haben (bitte wie zuvor differenzieren)?
 - Wie viele Personen lebten zu diesen Daten in der Bundesrepublik Deutschland, die als ukrainische Geflüchtete kein Schutzgesuch gestellt und keinen Titel erteilt bekommen haben (bitte wie zuvor differenzieren)?

- d) Bei wie vielen der insgesamt kriegsbedingt aus der Ukraine Geflüchteten war zu diesen Daten nach Angaben des AZR eine erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt (bitte wie zuvor und gesondert nach Alter – ab 15 Jahre, 7–14 Jahre, 0–6 Jahre – differenzieren)?

Die Fragen 13 bis 13d werden gemeinsam beantwortet.

Der Grund der Erteilung einer Fiktionsbescheinigung wird im AZR nicht erfasst. Hilfsweise werden nachfolgend für die Auswertung pauschal alle seit dem 24. Februar 2022 eingereisten ukrainischen Staatsangehörigen und alle weiteren Staatsangehörigen, bei denen ein Asylgesuch mit dem Marker „UKR“ im AZR erfasst wird, bzw. die einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 24 AufenthG gestellt haben, ausgewertet.

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 925.053 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erfasst, bei 80.798 Personen wurde eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt, 57.723 Personen haben ein Schutzgesuch geäußert. 34.003 Personen haben einen Antrag auf § 24 AufenthG gestellt, 36.043 Personen haben bisher kein Schutzgesuch geäußert und keinen Titel erteilt bekommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 erfolgte bei 870.854 Personen ab 14 Jahren von allen seit dem 24. Februar 2022 eingereisten ukrainischen Staatsangehörigen und weiteren Staatsangehörigen, bei denen ein Asylgesuch mit dem Marker „UKR“ im AZR erfasst ist, eine erkennungsdienstliche Behandlung (ED-Behandlung)

Zum Stichtag 29. Februar 2024 waren 953.767 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG erfasst, bei 72.173 Personen wurde eine Fiktionsbescheinigung ausgestellt, 49.312 Personen haben ein Schutzgesuch geäußert, 36.931 Personen haben einen Antrag auf § 24 AufenthG gestellt, 34.426 Personen haben bisher kein Schutzgesuch geäußert und keinen Titel erteilt bekommen. Zum Stichtag 29. Februar 2024 erfolgte bei 884.375 Personen ab 14 Jahren von allen seit dem 24. Februar 2022 eingereisten ukrainischen Staatsangehörigen und weiteren Staatsangehörigen, bei denen ein Asylgesuch mit dem Marker „UKR“ im AZR erfasst ist, eine erkennungsdienstliche Behandlung (ED-Behandlung).

Die folgenden Daten entstammen dem „Sonderreport Ukraine“. Dort ist eine Auswertung nach anderen Kriterien, als den im originalen Berichtsformat vorhandenen, nicht möglich. Dies betrifft erkennungsdienstliche Behandlungen (siehe Frage 13d) bezüglich Daten von Personen in einem Alter von unter 14 Jahren und der Differenzierung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

31.12.2023	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Summe	925.053	80.798	57.723	34.003	36.043	1.133.620
männlich	357.743	36.566	25.025	16.567	15.807	451.708
weiblich	565.330	44.102	32.627	17.425	19.647	679.131
divers	63	8	9	3	4	87
unbekannt	1.917	122	62	8	585	2.694

31.12.2023	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Altersgruppen insgesamt	925.053	80.798	57.723	34.003	36.043	1.133.620
unter 18 Jahre	281.329	25.505	19.173	9.431	14.715	350.153
18 Jahre und älter	643.712	55.290	38.517	24.570	21.320	783.409
unbekannt	12	3	33	2	8	58

31.12.2023	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	925.053	80.798	57.723	34.003	36.043	1.133.620
Baden-Württemberg	118.960	16.901	8.169	4.253	6.703	154.986
Bayern	125.282	13.516	10.290	4.411	5.170	158.669
Berlin	48.985	1.409	4.815	3.865	3.575	62.649
Brandenburg	24.063	1.483	2.204	717	3.487	31.954
Bremen	10.702	315	529	278	381	12.205
Hamburg	29.504	1.119	952	377	275	32.227
Hessen	76.256	4.175	3.618	2.314	2.405	88.768
Mecklenburg- Vorpommern	20.179	2.366	865	722	881	25.013
Niedersachsen	96.910	4.504	5.831	1.729	2.886	111.860
Nordrhein-Westfalen	193.688	12.810	12.130	8.423	4.753	231.804
Rheinland-Pfalz	40.366	2.178	1.841	1.101	1.417	46.903
Saarland	14.279	238	457	289	99	15.362
Sachsen	47.024	7.597	2.088	2.046	1.721	60.476
Sachsen-Anhalt	25.906	2.260	1.352	1.325	656	31.499
Schleswig-Holstein	28.741	4.611	1.306	1.461	875	36.994
Thüringen	24.208	5.316	1.276	692	759	32.251

31.12.2023	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
alle Staatsangehörig- keiten	925.053	80.798	57.723	34.003	36.043	1.133.620
darunter:						
Ukraine	897.590	74.753	52.876	33.301	36.043	1.094.563
Russische Föderation	4.074	377	310	85	0	4.846
Aserbajdschan	2.781	324	273	92	0	3.470
Georgien	1.903	226	163	99	0	2.391
Vietnam	2.125	97	124	35	0	2.381
Armenien	1.919	199	127	37	0	2.282
Nigeria	754	854	625	36	0	2.269
Marokko	577	841	553	24	0	1.995
Moldau (Republik)	1.516	135	136	46	0	1.833
Turkmenistan	517	657	364	27	0	1.565
Türkei	942	217	206	28	0	1.393
Iran	944	115	207	5	0	1.271
Afghanistan	1.019	68	131	5	0	1.223
Syrien	958	61	91	13	0	1.123
Usbekistan	682	92	78	10	0	862

ED-Behandlung (31.12.2023)	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Personen ab 14 Jahre	716.503	60.953	42.839	27.092	23.467	870.854
D-Nummer vorhanden	694.813	52.221	40.648	26.364	1.843	815.889

ED-Behandlung (31.12.2023)	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	716.503	60.953	42.839	27.092	23.467	870.854
Baden-Württemberg	91.350	13.077	5.525	3.192	4.208	117.352
Bayern	97.024	9.835	7.602	3.300	3.619	121.380
Berlin	40.709	1.364	3.661	3.193	2.868	51.795
Brandenburg	18.310	1.102	1.621	583	2.530	24.146
Bremen	8.388	270	433	219	284	9.594
Hamburg	23.714	750	737	293	140	25.634
Hessen	59.020	3.194	2.793	1.729	1.412	68.148
Mecklenburg- Vorpommern	15.383	1.781	609	571	555	18.899
Niedersachsen	74.189	3.195	4.363	1.520	1.635	84.902
Nordrhein-Westfalen	150.012	9.710	9.358	6.906	2.816	178.802
Rheinland-Pfalz	30.849	1.695	1.370	902	904	35.720
Saarland	10.930	163	349	236	32	11.710
Sachsen	35.936	5.899	1.575	1.684	1.117	46.211
Sachsen-Anhalt	20.044	1.673	1.105	1.205	293	24.320
Schleswig-Holstein	22.065	3.340	998	1.099	605	28.107
Thüringen	18.580	3.905	740	460	449	24.134

ED-Behandlung Personen ab 14 Jahre, D-Nummer vorhan- den (31.12.2023)	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	694.813	52.221	40.648	26.364	1.843	815.889
Baden-Württemberg	89.119	11.130	5.390	3.047	156	108.842
Bayern	95.258	8.855	7.364	3.210	370	115.057
Berlin	38.654	1.279	3.566	3.176	147	46.822
Brandenburg	17.270	831	1.475	559	410	20.545
Bremen	8.349	261	410	218	8	9.246
Hamburg	23.664	682	709	285	46	25.386
Hessen	56.010	2.652	2.561	1.701	76	63.000
Mecklenburg- Vorpommern	14.741	1.481	575	540	151	17.488
Niedersachsen	72.716	2.459	4.037	1.485	95	80.792
Nordrhein-Westfalen	143.900	7.766	8.647	6.667	156	167.136
Rheinland-Pfalz	30.036	1.283	1.328	873	40	33.560
Saarland	10.649	146	337	235	3	11.370
Sachsen	35.354	5.580	1.520	1.656	87	44.197
Sachsen-Anhalt	19.637	1.558	1.073	1.185	38	23.491
Schleswig-Holstein	21.200	2.756	942	1.082	42	26.022
Thüringen	18.256	3.502	714	445	18	22.935

Personen, denen ab dem 1. Juni 2022 ein Aufenthaltstitel erteilt wurde, werden aufgrund der seit diesem Tag bestehenden rechtlichen Verpflichtung als ed-behandelt gewertet.

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutzgesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Summe	953.767	72.173	49.312	36.931	34.426	1.146.609
männlich	372.336	33.455	21.377	18.392	14.940	460.500
weiblich	579.476	38.623	27.877	18.514	18.914	683.404
divers	57	12	5	4	4	82
unbekannt	1.898	83	53	21	568	2.623

	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Altersgruppen insgesamt	953.767	72.173	49.312	36.931	34.426	1.146.609
unter 18 Jahre	286.771	22.941	16.429	10.189	14.495	350.825
18 Jahre und älter	666.984	49.229	32.869	26.741	19.926	795.749
unbekannt	12	3	14	1	5	35

	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	953.767	72.173	49.312	36.931	34.426	1.146.609
Baden-Württemberg	123.401	15.753	7.317	4.584	5.822	156.877
Bayern	129.262	11.742	9.178	6.138	5.027	161.347
Berlin	49.748	1.352	4.636	4.565	3.765	64.066
Brandenburg	24.758	1.297	1.979	747	3.096	31.877
Bremen	10.918	315	517	275	379	12.404
Hamburg	29.869	1.285	715	227	263	32.359
Hessen	78.084	3.987	2.882	2.594	2.384	89.931
Mecklenburg- Vorpommern	20.635	1.951	739	830	791	24.946
Niedersachsen	98.769	3.854	4.956	1.394	2.734	111.707
Nordrhein-Westfalen	199.718	11.546	9.120	8.880	4.832	234.096
Rheinland-Pfalz	41.469	2.028	1.450	1.174	1.412	47.533
Saarland	14.661	234	433	308	109	15.745
Sachsen	50.029	5.844	1.872	1.586	1.672	61.003
Sachsen-Anhalt	26.688	2.140	1.235	1.381	645	32.089
Schleswig-Holstein	30.203	4.065	1.260	1.549	863	37.940
Thüringen	25.555	4.780	1.023	699	632	32.689

	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheinigung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
alle Staatsangehörig- keiten	953.767	72.173	49.312	36.931	34.426	1.146.609
darunter:						
Ukraine	925.667	66.549	44.692	36.138	34.426	1.107.472
Russische Föderation	4.142	334	296	95	0	4.867
Aserbaidshjan	2.898	309	238	116	0	3.561
Georgien	1.969	206	143	95	0	2.413
Vietnam	2.176	88	113	31	0	2.408
Armenien	1.954	173	114	30	0	2.271
Nigeria	771	805	631	40	0	2.247
Marokko	595	772	561	35	0	1.963
Moldau (Republik)	1.556	120	118	74	0	1.868
Turkmenistan	523	627	353	24	0	1.527
Türkei	950	207	195	35	0	1.387
Iran	969	107	157	4	0	1.237
Afghanistan	1.029	65	123	8	0	1.225
Syrien	978	58	84	17	0	1.137
Usbekistan	679	84	70	14	0	847

ED-Behandlung Stichtag 30.06.2023	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheini- gung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Personen ab 14 Jahre	742.035	54.321	36.594	29.401	22.024	884.375
D-Nummer vorhanden	720.620	46.330	34.940	28.605	1.221	831.716

ED-Behandlung Personen ab 14 Jahre	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheini- gung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	742.035	54.321	36.594	29.401	22.024	884.375
Baden-Württemberg	95.095	12.128	4.999	3.475	3.630	119.327
Bayern	100.470	8.629	6.860	4.556	3.460	123.975
Berlin	41.490	1.307	3.554	3.778	3.005	53.134
Brandenburg	18.933	985	1.455	599	2.148	24.120
Bremen	8.624	264	424	214	288	9.814
Hamburg	24.065	907	590	182	120	25.864
Hessen	60.702	2.962	2.208	1.991	1.385	69.248
Mecklenburg- Vorpommern	15.840	1.455	516	668	442	18.921
Niedersachsen	76.026	2.755	3.691	1.230	1.521	85.223
Nordrhein-Westfalen	155.453	8.751	6.878	7.211	2.780	181.073
Rheinland-Pfalz	31.897	1.544	1.060	947	889	36.337
Saarland	11.293	150	330	252	36	12.061
Sachsen	38.451	4.471	1.445	1.337	1.079	46.783
Sachsen-Anhalt	20.791	1.603	1.012	1.261	280	24.947
Schleswig-Holstein	23.295	2.931	961	1.199	589	28.975
Thüringen	19.610	3.479	611	501	372	24.573

ED-Behandlung Personen ab 14 Jahre, D-Nummer vorhanden	§ 24 AufenthG	Fiktions- bescheini- gung	Schutz- gesuch geäußert	Antrag auf § 24 AufenthG gestellt	ohne bisheriges Schutzgesuch und Titel- erteilung	Summe
Deutschland	720.620	46.330	34.940	28.605	1.221	831.716
Baden-Württemberg	92.916	10.311	4.877	3.291	131	111.526
Bayern	98.737	7.713	6.657	4.448	277	117.832
Berlin	39.432	1.225	3.473	3.746	130	48.006
Brandenburg	17.936	730	1.320	581	94	20.661
Bremen	8.584	257	403	212	10	9.466
Hamburg	24.013	832	579	173	27	25.624
Hessen	57.763	2.499	2.088	1.930	65	64.345
Mecklenburg- Vorpommern	15.194	1.200	483	641	70	17.588
Niedersachsen	74.544	2.079	3.428	1.210	57	81.318
Nordrhein-Westfalen	149.390	6.976	6.407	6.953	144	169.870
Rheinland-Pfalz	31.091	1.168	1.026	932	34	34.251
Saarland	10.992	142	321	251	3	11.709
Sachsen	37.856	4.224	1.390	1.324	85	44.879
Sachsen-Anhalt	20.412	1.462	987	1.243	43	24.147
Schleswig-Holstein	22.468	2.437	911	1.180	31	27.027
Thüringen	19.292	3.075	590	490	20	23.467

Personen, denen ab dem 1. Juni 2022 ein Aufenthaltstitel erteilt wurde, werden aufgrund der seit diesem Tag bestehenden rechtlichen Verpflichtung als ed-behandelt gewertet.

14. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Satz 1 bzw. 2 differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 17.019 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4 AufenthG erfasst, darunter 7.975 nach § 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG sowie 9.044 nach § 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG. 2.352 Personen waren unter 18 Jahre alt und 14.667 Personen 18 Jahre und älter. 1.613 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

AE nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Summe	7.975	9.044	17.019
weiblich	3.887	5.029	8.916
männlich	4.043	3.999	8.042
unbekannt	45	16	61

AE nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Aufenthaltsdauer	7.975	9.044	17.019
5 Jahre oder weniger	2.586	867	3.453
6 Jahre oder länger	5.389	8.176	13.565
unbekannt	0	1	1

AE nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
Deutschland	7.975	9.044	17.019
Baden-Württemberg	363	280	643
Bayern	1.188	368	1.556
Berlin	1.957	1.261	3.218
Brandenburg	55	50	105
Bremen	113	153	266
Hamburg	908	335	1.243
Hessen	786	329	1.115
Mecklenburg-Vorpommern	26	236	262
Niedersachsen	495	1.830	2.325
Nordrhein-Westfalen	1.764	3.593	5.357
Rheinland-Pfalz	153	213	366
Saarland	28	118	146
Sachsen	36	75	111
Sachsen-Anhalt	21	105	126
Schleswig-Holstein	66	72	138
Thüringen	16	26	42

AE nach § 25 Absatz 4 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 1 AufenthG	§ 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	7.975	9.044	17.019
darunter:			
Türkei	530	1.560	2.090
Russische Föderation	1.084	267	1.351
Libyen	1.229	58	1.287
Serbien	139	1.127	1.266
Kosovo	171	1.014	1.185
Saudi-Arabien	613	13	626
Libanon	46	550	596
Kuwait	544	23	567
Katar	464	7	471
Vereinigte Arabische Emirate	406	43	449
Irak	195	240	435
Bosnien und Herzegowina	74	358	432
Ungeklärt	40	332	372
Nordmazedonien	75	265	340
Syrien	85	249	334

15. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a bzw. 4b (bitte differenzieren) AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 91 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG erfasst. Davon waren sieben Personen unter 18 Jahre alt und 84 Personen über 17 Jahre alt. 24 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

AE nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Absatz 4a AufenthG	§ 25 Absatz 4b AufenthG	Summe
Summe	83	8	91
männlich	23	5	28
weiblich	60	3	63

AE nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Absatz 4a AufenthG	§ 25 Absatz 4b AufenthG	Summe
Aufenthaltsdauer	83	8	91
weniger als 6 Jahre	29	2	31
6 Jahre oder länger	54	6	60

AE nach § 25 Absatz 4a und 4b AufenthG	§ 25 Absatz 4a AufenthG	§ 25 Absatz 4b AufenthG	Summe
Länder insgesamt	83	8	91
davon:			
Baden-Württemberg	7	0	7
Bayern	8	0	8
Berlin	12	0	12
Brandenburg	2	1	3
Bremen	4	1	5
Hamburg	15	2	17
Hessen	5	0	5
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	6	0	6
Nordrhein-Westfalen	15	4	19
Rheinland-Pfalz	1	0	1
Saarland	5	0	5
Sachsen	2	0	2
Sachsen-Anhalt	0	0	0
Schleswig-Holstein	1	0	1
Thüringen	0	0	0

	§ 25 Absatz 4a AufenthG	§ 25 Absatz 4b AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	83	8	91
darunter			
Nigeria	14	1	14
Bulgarien	10	0	10
Rumänien	7	0	7
Thailand	5	0	5
Ukraine	5	0	5
Simbabwe	4	0	4
Albanien	4	0	4
Indien	4	0	4
Ghana	4	0	4
die übrigen Staatsangehörigkeiten haben einen Wert (Summe) von 2 oder weniger			

16. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 lebten 56.712 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG in Deutschland, darunter 31.107 männliche und 25.559 weibliche, sowie 46 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 17.800 Personen waren unter 18 Jahre alt, 38.909 Personen über 17 Jahre alt und bei drei Personen ist das Alter unbekannt. 43.712 Personen lebten seit sechs Jahren oder länger in Deutschland 12.989 Personen weniger als sechs Jahre. Bei elf Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. 5.781 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG
Länder insgesamt	56.712
davon:	
Baden-Württemberg	2.122
Bayern	2.972
Berlin	7.556
Brandenburg	1.444
Bremen	3.828
Hamburg	3.731
Hessen	2.021
Mecklenburg-Vorpommern	494
Niedersachsen	5.083
Nordrhein-Westfalen	19.670
Rheinland-Pfalz	1.794
Saarland	362
Sachsen	1.514
Sachsen-Anhalt	1.294
Schleswig-Holstein	2.063
Thüringen	764

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG
alle Staatsangehörigkeiten	56.712
darunter:	
Serbien	7.593
Kosovo	5.186
Türkei	3.712
Nigeria	3.060
Nordmazedonien	2.799
Vietnam	2.694
Ghana	2.504
Russische Föderation	2.273
Albanien	1.917
Afghanistan	1.897
Ungeklärt	1.864
Bosnien und Herzegowina	1.807
Irak	1.717

	Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG
Armenien	1.714
Libanon	1.117

17. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Absatz 1 bzw. 2, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren, wobei die Differenzierung nach Bundes- und Herkunftsländern für § 25 a AufenthG insgesamt, d. h. ohne weitere Untergliederung nach Absätzen vorgenommen werden soll), wie viele mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG, wie viele mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG (bitte nach stammberechtigten Personen, Ehegatten und minderjährigen Kindern sowie nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 a bzw. § 25b (bitte differenzieren) AufenthG erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023 bzw. 2024 bzw. hatten zuvor eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG (bitte differenzieren, auch nach den Bundesländern und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 20.885 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG, 469 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG und 32.033 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG aufhältig.

4.476 Person erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG erstmalig im Jahr 2023. 113 Personen erhielten eine Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG erstmalig im Jahr 2023. 13.475 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG erstmalig im Jahr 2023.

Zum Stichtag 29. Februar 2024 waren 21.057 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG, 421 Personen mit einer Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG und 33.843 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG aufhältig. 229 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG erstmalig im Jahr 2024.

32 Personen erhielten die Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG erstmalig im Jahr 2024. 675 Personen erhielten die Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG erstmalig im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Absatz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 2	§ 25a Absatz 2 Satz 3	§ 25a Absatz 2 Satz 5	Summe
Summe	17.702	2.006	852	62	263	20.885
männlich	11.104	964	460	24	143	12.695
weiblich	6.571	1.039	389	38	120	8.157
unbekannt	27	3	3	0	0	33

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Absatz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 2	§ 25a Absatz 2 Satz 3	§ 25a Absatz 2 Satz 5	Summe
Altersgruppen insgesamt	17.702	2.006	852	62	263	20.885
unter 18 Jahre	4.342	80	771	7	234	5.434
18 Jahre oder älter	13.357	1.926	81	55	29	15.448
unbekannt	3	0	0	0	0	3

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Summe
Länder insgesamt	20.885
Baden-Württemberg	2.160
Bayern	2.473
Berlin	1.150
Brandenburg	480
Bremen	488
Hamburg	683
Hessen	913
Mecklenburg-Vorpommern	356
Niedersachsen	2.320
Nordrhein-Westfalen	6.674
Rheinland-Pfalz	908
Saarland	97
Sachsen	614
Sachsen-Anhalt	235
Schleswig-Holstein	1.139
Thüringen	195

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Summe
insgesamt	20.885
darunter:	
Afghanistan	3.020
Irak	2.345
Russische Föderation	1.955
Albanien	1.173
Armenien	1.158
Kosovo	1.091
Serbien	1.091
Türkei	719
Aserbajdschan	700
Guinea	635
Libanon	607
Iran	566
Nordmazedonien	562
Ukraine	469
Georgien	436

Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Summe
Länder	
davon:	
Baden-Württemberg	32
Bayern	25
Berlin	69
Brandenburg	27
Bremen	2

Hamburg	22
Hessen	17
Mecklenburg-Vorpommern	24
Niedersachsen	50
Nordrhein-Westfalen	108
Rheinland-Pfalz	17
Saarland	5
Sachsen	34
Sachsen-Anhalt	5
Schleswig-Holstein	27
Thüringen	5

Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG	
insgesamt	469
darunter:	
Russische Föderation	121
Türkei	43
Irak	33
Aserbaidtschan	28
Serbien	27
Libanon	26
Nordmazedonien	26
Albanien	24
Armenien	23
Ukraine	12
Iran	11
Kosovo	11
Ungeklärt	10
Pakistan	9
Afghanistan	8

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG		Summe
Gesamt		32.033
nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)		21.071
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)		8.861
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)		2.101

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Insgesamt	32.033
Baden-Württemberg	4.282
Bayern	3.435
Berlin	1.641
Brandenburg	590
Bremen	599
Hamburg	970
Hessen	1.418
Mecklenburg-Vorpommern	313
Niedersachsen	2.968
Nordrhein-Westfalen	11.194
Rheinland-Pfalz	1.551
Saarland	119

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Sachsen	708
Sachsen-Anhalt	217
Schleswig-Holstein	1.726
Thüringen	302

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Gesamt	32.033
Irak	4.618
Afghanistan	2.414
Armenien	1.847
Iran	1.738
Pakistan	1.688
Russische Föderation	1.666
Nigeria	1.576
Albanien	1.336
Aserbaidschan	1.286
Libanon	1.220
Kosovo	1.133
Serbien	1.095
Türkei	882
Gambia	715
Georgien	654

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	
Gesamt	1.073
nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	810
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	116
nach § 25a Absatz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen)	111
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	30
nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Geschwister)	4
nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Eltern)	2

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Gesamt	111	2	4	810	30	116	1.073
Baden-Württemberg	14	0	1	170	2	19	206
Bayern	23	0	0	110	2	24	159
Berlin	22	0	0	89	7	20	138
Brandenburg	2	0	0	9	1	3	15

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Bremen	0	0	0	1	0	0	1
Hamburg	1	0	0	7	0	0	8
Hessen	2	0	0	42	0	3	47
Mecklenburg-Vorpommern	1	0	0	2	0	0	3
Niedersachsen	6	0	0	97	3	7	113
Nordrhein-Westfalen	29	2	3	190	11	30	265
Rheinland-Pfalz	3	0	0	30	2	2	37
Saarland	0	0	0	3	0	0	3
Sachsen	3	0	0	15	1	4	23
Sachsen-Anhalt	1	0	0	11	0	0	12
Schleswig-Holstein	2	0	0	32	0	4	38
Thüringen	2	0	0	2	1	0	5

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Gesamt	111	2	4	810	30	116	1.073
Irak	24	0	0	176	10	31	241
Pakistan	3	0	0	84	0	0	87
Iran	6	0	0	63	3	5	77
Gambia	3	0	1	70	0	2	76
Afghanistan	7	0	0	48	0	0	55
Nigeria	1	0	0	37	1	8	47
Ungeklärt	8	0	0	26	1	9	44
Libanon	6	1	0	27	2	6	42
Armenien	2	0	0	25	2	12	41
Guinea	7	0	0	28	0	0	35
Russische Föderation	7	0	3	11	3	10	34
Aserbaidschan	6	0	0	12	2	12	32
Äthiopien	5	0	0	21	0	0	26
Elfenbeinküste (Cote d'Ivoire)	2	0	0	20	0	0	22
Staatenlos	0	0	0	13	1	2	16

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Absatz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 2	§ 25a Absatz 2 Satz 3	§ 25a Absatz 2 Satz 5	Gesamt
Summe	17.907	1.976	852	60	262	21.057
männlich	11.210	951	468	23	147	12.799
weiblich	6.669	1.022	381	37	115	8.224
unbekannt	28	3	3	0	0	34

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	§ 25a Absatz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 1	§ 25a Absatz 2 Satz 2	§ 25a Absatz 2 Satz 3	§ 25a Absatz 2 Satz 5	Gesamt
Altersgruppen insgesamt	17.907	1.976	852	60	262	21.057
unter 18 Jahre	4.463	82	775	8	232	5.420
18 Jahre oder älter	13.438	1.894	77	52	30	15.631
unbekannt	6	0	0	0	0	6

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Gesamt
Länder insgesamt	21.057
Baden-Württemberg	2.184
Bayern	2.478
Berlin	1.176
Brandenburg	500
Bremen	495
Hamburg	679
Hessen	897
Mecklenburg-Vorpommern	366
Niedersachsen	2.346
Nordrhein-Westfalen	6.716
Rheinland-Pfalz	910
Saarland	99
Sachsen	614
Sachsen-Anhalt	240
Schleswig-Holstein	1.151
Thüringen	206

Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG	Gesamt
insgesamt	21.057
darunter:	
Afghanistan	2.945
Irak	2.437
Russische Föderation	1.995
Albanien	1.165
Armenien	1.152
Serbien	1.091
Kosovo	1.077
Türkei	724
Aserbaidshan	705
Guinea	645
Libanon	613
Iran	591
Nordmazedonien	548
Ukraine	470
Georgien	454

Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Gesamt
Länder	
davon:	
Baden-Württemberg	27
Bayern	17
Berlin	60
Brandenburg	25
Bremen	2

Hamburg	19
Hessen	17
Mecklenburg-Vorpommern	24
Niedersachsen	50
Nordrhein-Westfalen	98
Rheinland-Pfalz	19
Saarland	1
Sachsen	26
Sachsen-Anhalt	3
Schleswig-Holstein	28
Thüringen	5

Staatsangehörigkeiten	Duldung nach § 60a Absatz 2b AufenthG
insgesamt	421
darunter:	
Russische Föderation	97
Türkei	37
Albanien	29
Aserbaidschan	29
Irak	29
Serbien	28
Nordmazedonien	25
Armenien	21
Georgien	14
Libanon	12
Afghanistan	11
Iran	10
Pakistan	10
Ungeklärt	9
Ukraine	8

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	Summe
Gesamt	33.843
nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	22.368
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	9.303
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	2.172

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Insgesamt	33.843
Baden-Württemberg	4.501
Bayern	3.734
Berlin	1.737
Brandenburg	606
Bremen	623
Hamburg	1.005
Hessen	1.509
Mecklenburg-Vorpommern	333
Niedersachsen	3.189
Nordrhein-Westfalen	11.825
Rheinland-Pfalz	1.569
Saarland	121

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Sachsen	762
Sachsen-Anhalt	235
Schleswig-Holstein	1.772
Thüringen	322

Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG	
Gesamt	33.843
Irak	5.075
Afghanistan	2.494
Iran	1.946
Armenien	1.896
Pakistan	1.756
Nigeria	1.750
Russische Föderation	1.695
Albanien	1.376
Aserbaidschan	1.349
Libanon	1.252
Kosovo	1.146
Serbien	1.083
Türkei	924
Gambia	758
Georgien	684

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	
Gesamt	1.707
nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	1.259
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	197
nach § 25a Absatz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen)	185
nach § 25b Absatz 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	57
nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Geschwister)	5
nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen: Eltern)	4

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Gesamt	185	4	5	1.259	57	197	1.707
Baden-Württemberg	26	0	1	243	6	30	306
Bayern	37	2	1	183	10	48	281
Berlin	31	0	0	130	9	23	193
Brandenburg	2	0	0	15	1	3	21

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Bremen	0	0	0	2	0	0	2
Hamburg	2	0	0	15	0	0	17
Hessen	4	0	0	63	0	3	70
Mecklenburg-Vorpommern	2	0	0	4	0	1	7
Niedersachsen	16	0	0	158	5	19	198
Nordrhein-Westfalen	50	2	3	294	17	49	415
Rheinland-Pfalz	3	0	0	48	3	4	58
Saarland	0	0	0	3	0	0	3
Sachsen	3	0	0	27	2	9	41
Sachsen-Anhalt	2	0	0	21	1	3	27
Schleswig-Holstein	4	0	0	49	2	5	60
Thüringen	3	0	0	4	1	0	8

Aufhältige Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25a oder § 25b AufenthG, die davor einen Titel nach § 104c AufenthG hatten	nach § 25a Absatz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	nach § 25a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	nach § 25b Absatz 1 Satz 1 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	nach § 25b Absatz 4 AufenthG	Gesamt
Gesamt	185	4	5	1.259	57	197	1.707
Irak	44	0	0	283	21	62	410
Pakistan	6	0	0	101	6	7	120
Iran,	7	0	0	112	0	0	119
Gambia	5	0	1	89	0	2	97
Afghanistan	14	0	0	79	0	0	93
Nigeria	1	0	0	66	4	21	92
Ungeklärt	9	0	0	25	4	22	60
Libanon	11	0	0	33	2	12	58
Armenien	3	0	0	34	3	16	56
Guinea	13	0	0	42	0	0	55
Russische Föderation	11	1	0	33	2	7	54
Aserbaidschan	9	2	4	18	4	12	49
Äthiopien	5	0	0	36	0	0	41
Elfenbeinküste (Cote d' Ivoire)	2	0	0	31	1	3	37
Staatenlos	7	0	0	17	1	4	29

18. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Duldung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als drei, vier, fünf, sechs, acht, zehn, zwölf und 15 Jahren, nach Bundesländern, nach Alter (0–11, 12–15, 16–17, 18–20, 21–29, 30–39, 40–49, 50–59, 60–69 Jahre und älter als 70 Jahre) und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; bitte in gesonderten Tabellen eine Auflistung der genauen Duldungsgründe, so differenziert wie möglich, und der Duldungen nach den §§ 60a, 60b, 60c und 60d AufenthG, jeweils aufgelistet nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern, vornehmen), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im AZR 193.972 Personen mit einer Duldung, davon 132.059 männliche und 61.618 weibliche, 286 Personen mit unbekanntem Geschlecht sowie neun Personen als divers erfasst. 54.507 Personen waren unter 18 Jahre, 139.405 Personen über 17 Jahre alt und bei 60 Personen ist das Alter unbekannt. 50.992 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023.

Zum Stichtag 29. Februar 2024 waren im AZR 189.931 Personen mit einer Duldung, davon 129.276 männliche und 60.361 weibliche, 285 Personen mit unbekanntem Geschlecht sowie neun Personen als divers erfasst. 53.090 Personen waren unter 18 Jahre, 136.788 Personen über 17 Jahre alt und bei 53 Personen ist das Alter unbekannt. 14.074 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2024. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

Personen mit Duldung	193.972
Aufenthaltsdauer	
0 – unter 3 Jahre	74.002
3 Jahre und mehr	119.925
0 – unter 4 Jahre	88.427
4 Jahre und mehr	105.500
0 – unter 5 Jahre	108.328
5 Jahre und mehr	85.599
0 – unter 6 Jahre	126.827
6 Jahre und mehr	67.100
0 – unter 8 Jahre	150.845
8 Jahre und mehr	43.082
0 – unter 10 Jahre	177.101
10 Jahre und mehr	16.826
0 – unter 12 Jahre	183.052
12 Jahre und mehr	10.875
0 – unter 15 Jahre	185.844
15 Jahre und mehr	8.083
Aufenthaltsdauer nicht bekannt	45

Personen mit Duldung	193.972
Alter	
0–11 Jahre	36.468
12–15 Jahre	10.765
16–17 Jahre	7.274
18–20 Jahre	7.698
21–29 Jahre	44.813
30–39 Jahre	47.213

40–49 Jahre	24.264
50–59 Jahre	10.041
60–69 Jahre	3.876
70 Jahre und älter	1.500
ohne Altersangaben	60

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. Dezember 2023		193.972
	darunter:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	316
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen aus bestimmten Staaten oder in bestimmte Staaten)	3.368
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	46.965
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1	20.852
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	2.507
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	66.519
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren	174
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“: Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger).	7.665
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche)	469
11.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse nach § 60 Absatz 1–5,7 AufenthG	6.374
12.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gemäß § 58 Absatz 1a AufenthG	4.103
13.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	175
14.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	90
15.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	132
16.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	46
17.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Asylfolgeantrag	6.051
18.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen erteilt	5.314
19.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	Vaterschaftsanerkennung	3
20.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	Ausbildungsduldung	22
21.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Absatz 1 AufenthG	Ungeklärte Identität	17.276

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	Ausbildungsduldung	3.412
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	Erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen	344
24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Beschäftigter	1.075
25.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Ehegatte / Lebenspartner	230
26.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / minderjährige ledige Kinder	93
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Beschäftigter (erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen)	50
28.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Ehegatte / Lebenspartner	65
29.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / minderjährige ledige Kinder	30
30.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG	Verfahren nach § 85a AufenthG	104
31.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	Suche nach weiterem Ausbildungsplatz erteilt	81
32.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 2 AufenthG	Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss	67

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
insgesamt	316	3.368	46.965	20.852	2.507	66.519	174	7.665	0	469
darunter:										
Irak	7	547	5.790	1.499	50	10.876	7	1.179	0	0
Afghanistan	3	151	2.134	219	27	4.126	4	516	0	8
Nigeria	6	139	3.642	2.347	40	2.672	9	243	0	2
Russische Föderation	13	204	2.871	1.148	139	4.382	4	471	0	121
Türkei	18	142	2.616	1.148	111	3.639	8	334	0	43
Syrien	3	212	1.316	599	23	3.568	3	170	0	7
Iran	4	384	2.509	345	32	2.366	3	385	0	11
Serbien	5	166	1.133	1.724	260	3.061	18	308	0	27
Ungeklärt	26	59	2.289	404	25	1.136	8	132	0	10
Nordmazedonien	0	91	534	902	181	2.323	2	106	0	26
Georgien	1	77	1.161	938	153	1.913	0	292	0	7
Guinea	1	72	1.947	259	26	838	6	136	0	0
Pakistan	6	29	1.344	239	24	1.135	6	343	0	9
Libanon	8	52	1.637	275	24	988	4	120	0	26
Albanien	4	99	235	665	219	1.590	10	223	0	24

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
insgesamt	6.374	4.103	175	90	132	46	6.051	5.314	3	22
darunter:										
Irak	0	57	21	6	15	2	406	260	0	1
Afghanistan	2.267	1.097	3	2	8	0	443	779	0	3
Nigeria	154	25	8	2	11	1	225	123	0	0
Russische Föderation	355	8	13	5	7	1	572	178	0	0
Türkei	182	385	10	23	18	11	418	667	1	0
Syrien	463	1.146	5	1	11	0	392	846	0	0
Iran	384	40	3	0	0	0	225	154	0	0
Serbien	95	36	14	9	5	5	412	204	0	1
Ungeklärt	100	41	6	0	1	1	55	33	0	0
Nordmazedonien	85	23	3	1	5	2	585	499	0	0
Georgien	62	3	1	0	2	2	199	221	0	1
Guinea	40	238	0	1	2	0	58	36	0	2
Pakistan	28	20	5	1	7	0	106	75	0	0
Libanon	39	10	1	1	2	0	50	13	0	0
Albanien	49	158	6	2	8	3	191	114	0	2

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
insgesamt	17.276	3.412	344	1.075	230	93	50	65	30	104
darunter:										
Irak	622	302	29	190	39	15	9	6	4	1
Afghanistan	180	145	18	181	47	5	4	3	1	1
Nigeria	1.570	168	23	79	23	9	6	3	3	12
Russische Föderation	666	86	6	8	4	7	0	1	0	1
Türkei	578	267	15	38	11	14	5	11	4	2
Syrien	181	52	1	4	0	0	1	0	0	0
Iran	858	385	34	58	12	4	4	0	0	0
Serbien	186	14	1	2	3	3	0	1	0	17
Ungeklärt	1.126	22	5	5	1	2	0	1	0	6
Nordmazedonien	57	10	1	1	0	0	0	0	0	6
Georgien	170	123	7	3	4	3	0	1	0	1
Guinea	702	204	52	41	5	3	1	11	0	2
Pakistan	816	80	6	82	9	3	1	4	0	1
Libanon	738	28	2	8	2	0	0	0	0	1
Albanien	19	171	5	4	0	3	0	0	0	3

Duldungsgründe	31.	32.	alle Duldungen
insgesamt	81	67	193.972
darunter:			
Irak	4	6	22.282
Afghanistan	2	7	12.384
Nigeria	7	3	11.555
Russische Föderation	1	1	11.273
Türkei	5	2	10.726
Syrien	0	1	9.005
Iran	5	9	8.214
Serbien	1	1	7.712
Ungeklärt	1	0	5.495
Nordmazedonien	0	0	5.443
Georgien	7	2	5.354
Guinea	11	5	4.699
Pakistan	2	0	4.381

Duldungsgründe	31.	32.	alle Duldungen
Libanon	0	0	4.029
Albanien	3	1	3.811

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Länder insgesamt	316	3.368	46.965	20.852	2.507	66.519	174	7.665	0	469
davon:										
Baden-Württemberg	28	101	6.175	3.970	224	7.970	7	120	0	32
Bayern	20	353	4.669	2.246	383	6.719	16	1.073	0	25
Berlin	50	107	3.713	1.284	130	3.737	8	1.274	0	69
Brandenburg	27	88	2.128	277	27	2.528	1	474	0	27
Bremen	0	51	320	671	370	1.167	22	270	0	2
Hamburg	0	0	1.493	383	76	1.392	5	17	0	22
Hessen	5	46	1.978	387	95	3.130	22	1.481	0	17
Mecklenburg-Vorpommern	1	34	909	88	21	1.228	1	135	0	24
Niedersachsen	103	251	4.560	2.008	287	6.135	24	827	0	50
Nordrhein-Westfalen	9	1.467	12.052	6.582	595	19.215	21	1.025	0	108
Rheinland-Pfalz	20	101	1.706	571	104	2.320	6	659	0	17
Saarland	0	177	260	114	18	852	1	29	0	5
Sachsen	1	108	2.922	1.045	53	3.475	6	35	0	34
Sachsen-Anhalt	3	87	1.063	236	20	1.197	2	39	0	5
Schleswig-Holstein	46	329	2.019	778	67	3.761	29	58	0	27
Thüringen	3	68	998	212	37	1.693	3	149	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
Länder insgesamt	6.374	4.103	175	90	132	46	6.051	5.314	3	22
davon:										
Baden-Württemberg	572	242	10	7	9	5	594	2.827	0	3
Bayern	794	98	12	5	33	2	1.208	65	1	2
Berlin	614	157	1	33	2	9	363	4	0	0
Brandenburg	61	170	16	0	0	1	309	75	0	0
Bremen	25	93	1	10	1	2	108	17	0	1
Hamburg	2.106	365	7	26	8	12	77	689	0	1
Hessen	661	244	11	2	12	1	145	409	2	0
Mecklenburg-Vorpommern	23	77	2	0	0	0	163	13	0	0
Niedersachsen	96	216	69	2	22	3	1.115	146	0	5
Nordrhein-Westfalen	558	1.470	20	2	20	9	866	543	0	8
Rheinland-Pfalz	76	130	3	1	3	0	316	135	0	0
Saarland	34	82	0	1	3	0	31	69	0	0
Sachsen	587	171	20	0	8	1	197	45	0	1
Sachsen-Anhalt	40	299	0	0	0	0	198	37	0	0
Schleswig-Holstein	39	191	3	0	1	0	46	89	0	0
Thüringen	88	98	0	1	10	1	315	151	0	1

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Länder insgesamt	17.276	3.412	344	1.075	230	93	50	65	30	104
davon:										
Baden-Württemberg	2.646	527	118	326	119	27	15	15	6	10
Bayern	3.044	470	46	105	25	16	5	7	3	0
Berlin	987	186	40	8	0	1	2	0	0	24
Brandenburg	647	69	2	12	2	5	0	0	1	1
Bremen	84	33	3	4	0	0	0	0	0	12

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Hamburg	238	191	10	27	0	0	3	0	0	1
Hessen	959	113	3	48	17	6	3	15	0	7
Mecklenburg-Vorpommern	637	36	2	6	1	2	0	1	0	1
Niedersachsen	1.075	328	20	81	9	7	3	2	2	11
Nordrhein-Westfalen	2.956	934	64	253	27	19	6	13	13	22
Rheinland-Pfalz	703	158	3	60	9	1	3	4	1	1
Saarland	78	14	1	6	2	0	1	3	0	0
Sachsen	1.398	135	12	44	10	5	4	4	2	9
Sachsen-Anhalt	1.329	44	7	18	2	4	0	0	2	1
Schleswig-Holstein	307	121	9	28	2	0	3	0	0	2
Thüringen	188	53	4	49	5	0	2	1	0	2

Duldungsgründe	31.	32.	alle Duldungen
Länder insgesamt	81	67	193.972
davon:			
Baden-Württemberg	32	31	26.768
Bayern	9	4	21.458
Berlin	3	6	12.812
Brandenburg	1	0	6.949
Bremen	0	0	3.267
Hamburg	0	0	7.149
Hessen	3	1	9.823
Mecklenburg-Vorpommern	4	0	3.409
Niedersachsen	5	3	17.465
Nordrhein-Westfalen	14	11	48.902
Rheinland-Pfalz	3	2	7.116
Saarland	0	0	1.781
Sachsen	4	2	10.338
Sachsen-Anhalt	2	0	4.635
Schleswig-Holstein	0	3	7.958
Thüringen	1	4	4.142

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

Personen mit Duldung	189.931
Aufenthaltsdauer	
0 – unter 3 Jahre	76.898
3 Jahre und mehr	112.988
0 – unter 4 Jahre	89.694
4 Jahre und mehr	100.192
0 – unter 5 Jahre	109.087
5 Jahre und mehr	80.799
0 – unter 6 Jahre	127.249
6 Jahre und mehr	62.637
0 – unter 8 Jahre	148.396
8 Jahre und mehr	41.490
0 – unter 10 Jahre	173.522
10 Jahre und mehr	16.364
0 – unter 12 Jahre	179.366
12 Jahre und mehr	10.520
0 – unter 15 Jahre	182.063

15 Jahre und mehr	7.823
Aufenthaltsdauer nicht bekannt	45

Personen mit Duldung	189.931
Alter	
0–11 Jahre	35.508
12–15 Jahre	10.425
16–17 Jahre	7.157
18–20 Jahre	7.920
21–29 Jahre	43.516
30–39 Jahre	46.213
40–49 Jahre	23.906
50–59 Jahre	9.898
60–69 Jahre	3.795
70 Jahre und älter	1.540
ohne Altersangaben	53

	Duldungen insgesamt zum Stichtag 31. Dezember 2023		189.931
	darunter:		
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	308
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen aus bestimmten Staaten oder in bestimmte Staaten)	3.480
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	45.566
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern nach Nummer 1	20.740
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	2.537
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	65.087
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren	167
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“: Es liegen dringende humanitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger).	7.208
9.	Nach § 60a Absatz 2a AufenthG	Zurückschiebung oder Abschiebung ist gescheitert und Deutschland ist rechtlich zur Rückübernahme verpflichtet	0
10.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit AE nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche)	421
11.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebungshindernisse nach § 60 Absatz 1–5,7 AufenthG	6.404
12.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	als unbegleiteter Minderjähriger gemäß § 58 Absatz 1a AufenthG	4.114
13.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 VwGO	176
14.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei fehlendem Absehen von einer Vollstreckung nach § 456a StPO	87
15.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	bei stattgegebenem Eilantrag gemäß § 123 VwGO	155
16.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	fehlendes, aber erforderliches Einvernehmen einer Stelle nach § 72 (4) AufenthG	50

17.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Asylfolgeantrag	6.031
18.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen erteilt	5.603
19.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 13 AufenthG (Altfall)	Vaterschaftsanerkennung	2
20.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG (Altfall)	Ausbildungsduldung	15
21.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60b Absatz 1 AufenthG	Ungeklärte Identität	16.768
22.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 1 AufenthG	Ausbildungsduldung	3.208
23.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60c Absatz 7 AufenthG	Erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen	318
24.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Beschäftigter	863
25.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / Ehegatte / Lebenspartner	179
26.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Regelanspruch / minderjährige ledige Kinder	67
27.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 i. V. m. § 60d Absatz 4 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Beschäftigter (erforderliche Maßnahmen für Identitätsklärung ergriffen)	42
28.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / Ehegatte / Lebenspartner	51
29.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60d Absatz 4 i. V. m. Absatz 2 AufenthG	Beschäftigungsduldung / Ermessen / minderjährige ledige Kinder	28
30.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG	Verfahren nach § 85a AufenthG	104
31.	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 1 AufenthG	Suche nach weiterem Ausbildungsplatz erteilt	94
32.	Duldung nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG i. V. m. § 60c Absatz 6 Satz 2 AufenthG	Arbeitsplatzsuche nach Ausbildungsabschluss	58

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
insgesamt	308	3.480	45.566	20.740	2.537	65.087	167	7.208	0	421
darunter:										
Irak	7	511	5.572	1.533	45	10.059	6	1.113	0	29
Afghanistan	3	157	2.031	196	24	4.105	4	456	0	11
Türkei	18	168	2.724	1.196	113	3.824	6	335	0	37
Nigeria	6	148	3.374	2.310	41	2.599	9	220	0	3
Russische Föderation	13	213	2.630	1.094	134	4.251	5	438	0	97

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Syrien	3	224	1.318	613	31	3.615	3	164	0	4
Iran	4	329	2.426	354	31	2.311	3	374	0	10
Serbien	5	200	1.080	1.689	258	3.066	17	286	0	28
Nordmazedonien	0	123	574	959	185	2.377	1	87	0	25
Georgien	1	82	1.205	959	159	1.997	0	303	0	14
Ungeklärt	25	53	2.200	386	21	1.074	8	138	0	9
Guinea	1	87	1.889	267	23	829	6	133	0	0
Pakistan	6	28	1.247	220	20	1.089	6	308	0	10
Albanien	4	114	271	640	216	1.577	12	222	0	29
Libanon	9	56	1.563	271	22	909	4	96	0	12

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
insgesamt	6.404	4.114	176	87	155	50	6.031	5.603	2	15
darunter:										
Irak	330	54	21	5	15	0	446	271	0	0
Afghanistan	2.371	969	4	2	7	0	426	898	0	1
Türkei	182	417	8	25	24	11	459	696	0	0
Nigeria	160	23	8	2	10	2	203	135	0	0
Russische Föderation	344	12	13	1	7	1	609	180	0	0
Syrien	494	1.133	11	0	22	0	396	773	0	0
Iran	299	45	3	1	0	0	214	131	0	0
Serbien	93	34	11	11	6	10	371	237	0	1
Nordmazedonien	78	24	4	4	0	1	557	559	0	0
Georgien	53	4	1	0	6	2	191	296	0	1
Ungeklärt	101	42	3	0	1	1	55	41	0	0
Guinea	40	289	0	1	2	0	54	43	0	2
Pakistan	29	18	5	1	6	1	102	63	0	0
Albanien	48	159	6	1	9	2	200	144	0	2
Libanon	39	11	1	1	1	0	60	18	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
insgesamt	16.768	3.208	318	863	179	67	42	51	28	104
darunter:										
Irak	632	279	31	151	29	10	8	5	4	1
Afghanistan	177	116	14	130	33	4	2	0	1	1
Türkei	621	275	15	33	11	9	4	10	4	2
Nigeria	1.485	146	21	61	16	3	7	2	2	11
Russische Föderation	654	78	4	7	3	7	0	1	0	2
Syrien	168	48	1	4	0	0	1	0	0	0
Iran	821	348	29	48	12	4	2	0	0	0
Serbien	212	15	1	2	2	3	0	1	0	15
Nordmazedonien	57	8	0	0	0	0	0	0	0	5
Georgien	165	117	7	3	2	0	0	1	0	1
Ungeklärt	1.123	19	5	3	0	2	0	1	0	6
Guinea	695	193	49	34	6	2	2	8	0	2
Pakistan	750	71	6	59	7	3	1	4	0	1
Albanien	19	173	3	2	0	3	0	0	0	3
Libanon	703	30	2	8	2	0	0	0	0	1

Duldungsgründe	31.	32.	alle Duldungen
insgesamt	94	58	189.931
darunter:			
Irak	6	2	21.175
Afghanistan	3	6	12.152
Türkei	6	1	11.234
Nigeria	13	2	11.022
Russische Föderation	0	2	10.800
Syrien	0	1	9.027
Iran	6	12	7.817
Serbien	1	0	7.655
Nordmazedonien	1	0	5.629
Georgien	5	2	5.577
Ungeklärt	1	0	5.318
Guinea	10	5	4.672
Pakistan	3	2	4.066
Albanien	4	0	3.863
Libanon	0	0	3.819

Duldungsgründe	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Länder insgesamt	308	3.480	45.566	20.740	2.537	65.087	167	7.208	0	421
davon:										
Baden-Württemberg	28	97	5.872	3.922	241	7.615	6	113	0	27
Bayern	13	317	4.494	2.240	402	6.564	17	1.023	0	17
Berlin	50	106	3.660	1.329	120	3.726	8	1.240	0	60
Brandenburg	26	94	2.098	252	30	2.566	1	425	0	25
Bremen	0	59	305	718	380	1.175	19	260	0	2
Hamburg	0	0	1.452	358	79	1.361	4	16	0	19
Hessen	5	53	2.060	416	99	3.187	24	1.294	0	17
Mecklenburg-Vorpommern	1	33	898	88	22	1.155	1	113	0	24
Niedersachsen	103	261	4.457	1.981	294	5.985	20	767	0	50
Nordrhein-Westfalen	9	1.629	11.481	6.527	575	18.254	19	1.037	0	98
Rheinland-Pfalz	20	94	1.690	577	103	2.287	7	624	0	19
Saarland	0	187	242	120	18	931	1	31	0	1
Sachsen	1	92	2.869	1.021	53	3.473	5	37	0	26
Sachsen-Anhalt	3	84	1.027	215	20	1.212	2	33	0	3
Schleswig-Holstein	46	300	1.985	759	64	3.908	30	53	0	28
Thüringen	3	74	976	217	37	1.688	3	142	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
Länder insgesamt	6.404	4.114	176	87	155	50	6.031	5.603	2	15
davon:										
Baden-Württemberg	622	203	11	6	8	8	610	2.985	0	2
Bayern	802	111	20	4	44	1	1.167	65	0	1
Berlin	605	144	1	29	3	9	362	4	0	0
Brandenburg	55	182	12	0	0	1	294	71	0	0
Bremen	20	98	0	9	1	2	103	36	0	1
Hamburg	2.059	332	8	28	6	13	75	680	0	1
Hessen	644	225	12	2	14	2	149	500	2	0
Mecklenburg-Vorpommern	19	76	2	0	0	0	156	12	0	0
Niedersachsen	122	274	66	2	21	2	1.165	164	0	3
Nordrhein-Westfalen	543	1.547	12	4	15	9	832	519	0	5

Duldungsgründe	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.
Rheinland-Pfalz	77	93	3	1	3	0	342	130	0	0
Saarland	34	80	0	1	3	0	26	76	0	0
Sachsen	612	199	25	0	11	1	187	53	0	2
Sachsen-Anhalt	40	255	0	0	12	1	183	43	0	0
Schleswig-Holstein	45	199	3	0	0	0	48	82	0	0
Thüringen	105	96	1	1	14	1	332	183	0	0

Duldungsgründe	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.
Länder insgesamt	16.768	3.208	318	863	179	67	42	51	28	104
davon:										
Baden-Württemberg	2.540	490	112	276	99	18	12	14	6	10
Bayern	2.961	437	42	75	16	8	4	5	3	0
Berlin	1.005	175	37	4	0	1	2	0	0	24
Brandenburg	637	70	2	9	1	5	0	0	1	3
Bremen	86	32	2	4	0	0	0	0	0	12
Hamburg	222	187	7	20	0	0	1	0	0	2
Hessen	967	113	5	38	10	4	3	16	0	8
Mecklenburg-Vorpommern	620	36	2	6	1	2	0	1	0	1
Niedersachsen	1.086	304	17	67	9	6	3	0	2	13
Nordrhein-Westfalen	2.802	864	60	196	18	16	8	9	12	15
Rheinland-Pfalz	662	148	3	45	8	1	3	1	1	1
Saarland	83	13	1	4	3	0	1	3	0	0
Sachsen	1.322	139	10	39	7	2	2	2	2	10
Sachsen-Anhalt	1.329	44	7	18	2	4	0	0	2	1
Schleswig-Holstein	307	121	9	28	2	0	3	0	0	2
Thüringen	188	53	4	49	5	0	2	1	0	2

Duldungsgründe	31.	32.	alle Duldungen
Länder insgesamt	94	58	189.931
davon:			
Baden-Württemberg	31	24	26.008
Bayern	11	3	20.867
Berlin	7	8	12.719
Brandenburg	1	0	6.861
Bremen	0	0	3.324
Hamburg	0	1	6.931
Hessen	3	1	9.873
Mecklenburg-Vorpommern	3	1	3.273
Niedersachsen	12	3	17.259
Nordrhein-Westfalen	15	10	47.140
Rheinland-Pfalz	3	1	6.947
Saarland	0	0	1.859
Sachsen	5	0	10.207
Sachsen-Anhalt	2	0	4.500
Schleswig-Holstein	0	3	8.007
Thüringen	1	3	4.156

- a) Entspricht es den Erwartungen der Bundesregierung, dass nur etwa 10 Prozent aller Duldungen nach Einschätzung der Ausländerbehörden darauf zurückzuführen sind, dass die Betroffenen über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht hätten oder nicht ausreichend an einer zumutbaren Passbeschaffung mitwirken würden (vgl. Angaben zu Duldungen nach § 60b AufenthG), auch vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung bei der Neuregelung nach § 60b AufenthG vorgebracht hat, dass „die geltenden Regelungen zur Passbeschaffung (...) von den Betroffenen bislang in der Praxis oftmals nicht befolgt“ würden (vgl. Einzelbegründung zu Nummer 19 auf Bundestagsdrucksache 19/10047; bitte begründen)?

Der Vollzug von Abschiebungen wie auch die Erteilung von Duldungen liegen in der Zuständigkeit der Länder und der dort jeweils zuständigen Ausländerbehörde. Vor diesem Hintergrund kann die Bundesregierung hierzu keine Bewertung abgeben.

- b) Warum kann die Bundesregierung keine Angaben zum Zeitplan und zum Zuschnitt weiterer Vorhaben im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik machen, etwa zu der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten Abschaffung der „Duldung light“, zur Klärung der Identität durch Versicherungen an Eides statt, zum generellen Zugang zu Integrationskursen und zur Beseitigung der Sprachnachweise im Ausland beim Ehegattennachzug (vgl. Antwort zu Frage 18b auf Bundestagsdrucksache 20/9931), obwohl das Bundesministerium des Innern und für Heimat bereits Anfang des Jahres 2023 mit der Erstellung eines entsprechenden Entwurfs zur Umsetzung befasst war (vgl. Antwort zu Frage 18b auf Bundestagsdrucksache 20/5870; bitte nachvollziehbar und möglichst konkret antworten), und stimmt die Bundesregierung mit den Fragestellenden überein, dass eine Verschiebung der Neuregelung der Sprachnachweise beim Ehegattennachzug nicht etwa mit etwaig angespannten Aufnahme- oder Unterbringungsbedingungen oder hohen Asylzahlen begründet werden kann, weil beim Ehegattennachzug grundsätzlich vorhandener Wohnraum und ausreichendes Einkommen als zusätzliche Nachzugsvoraussetzung nachgewiesen werden müssen (bitte begründen)?

Zu Zeitplan und Zuschnitt weiterer Gesetzgebungsvorhaben im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik können keine Angaben gemacht werden, weil die Beratungen nicht abgeschlossen sind.

19. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland, denen eine Aufenthaltsgestattung erteilt wurde (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im AZR 349.802 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, darunter 245.438 männliche, 104.104 weibliche und 85 diverse sowie 175 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 88.096 Personen waren unter 18 Jahre alt, 261.655 Personen 18 Jahre oder älter und bei 51 Personen ist das Alter unbekannt. 338.399 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 11.398 Personen sechs Jahre oder länger, bei fünf Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt.

Zum Stichtag 29. Februar 2024 waren im AZR 359.863 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung, darunter 251.626 männliche, 107.970 weibliche und 96 diverse sowie 171 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 90.127

Personen waren unter 18 Jahre alt, 269.682 Personen 18 Jahre oder älter und bei 54 Personen ist das Alter unbekannt. 349.072 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, 10.784 Personen sechs Jahre oder länger, bei sieben Personen ist die Aufenthaltsdauer unbekannt. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Stand 31. Dezember 2023:

Personen mit Aufenthaltsgestattung	349.802
Länder	
Baden-Württemberg	51.838
Bayern	48.859
Berlin	17.005
Brandenburg	10.952
Bremen	2.836
Hamburg	9.196
Hessen	32.273
Mecklenburg-Vorpommern	7.720
Niedersachsen	39.034
Nordrhein-Westfalen	66.055
Rheinland-Pfalz	15.086
Saarland	3.812
Sachsen	17.416
Sachsen-Anhalt	8.622
Schleswig-Holstein	12.010
Thüringen	7.088

Personen mit Aufenthaltsgestattung	349.802
Staatsangehörigkeiten insgesamt	
darunter:	
Türkei	74.428
Syrien	67.978
Afghanistan	49.619
Irak	28.725
Iran	17.230
Russische Föderation	10.524
Georgien	7.203
Nigeria	6.691
Somalia	6.317
Ungeklärt	4.864
Venezuela	4.393
Kolumbien	4.309
Pakistan	4.056
Guinea	3.973
Eritrea	3.002

Stand 29. Februar 2024:

Personen mit Aufenthaltsgestattung	359.863
Länder	
Baden-Württemberg	53.761
Bayern	51.205
Berlin	17.634
Brandenburg	10.577
Bremen	2.856

Hamburg	9.200
Hessen	32.323
Mecklenburg-Vorpommern	7.732
Niedersachsen	41.198
Nordrhein-Westfalen	67.636
Rheinland-Pfalz	15.340
Saarland	3.599
Sachsen	17.307
Sachsen-Anhalt	9.493
Schleswig-Holstein	12.215
Thüringen	7.787

Personen mit Aufenthaltsgestattung	359.863
Staatsangehörigkeiten insgesamt	
darunter:	
Türkei	79.753
Syrien	68.196
Afghanistan	50.119
Irak	28.917
Iran	17.701
Russische Föderation	11.005
Somalia	6.829
Nigeria	6.497
Georgien	6.009
Ungeklärt	5.307
Venezuela	5.082
Kolumbien	5.024
Guinea	4.379
Pakistan	4.031
Eritrea	2.976

20. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Ankunftsnachweis (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele Ankunftsnachweise wurden bis heute insgesamt erteilt, wie lange war deren durchschnittliche und wie lange ist deren aktuelle durchschnittliche Gültigkeit?

Zum 31. Dezember 2023 lebten in Deutschland 22.060 Personen mit einem Ankunftsnachweis, darunter 15.756 männliche, 6.283 weibliche, acht diverse sowie 13 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 5.668 Personen waren unter 18 Jahre, 16.391 waren 18 Jahre oder älter und eine Person mit unbekanntem Alter.

Zum 29. Februar 2024 lebten in Deutschland 10.917 Personen mit einem Ankunftsnachweis, darunter 7.686 männliche, 3.218 weibliche, acht diverse sowie acht Personen mit unbekanntem Geschlecht. 3.070 Personen waren unter 18 Jahre und 7.847 waren 18 Jahre oder älter.

Die Aufteilung nach Ländern und Hauptstaatsangehörigkeiten kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Ausgewertet wurden die Personen, die zum Stichtag 31. Dezember 2023 bzw. 29. Februar 2024 noch im Besitz eines gültigen Ankunftsnachweises waren:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

Personen mit Ankunftsnachweis	22.060
Länder:	
Baden-Württemberg	1.906
Bayern	6.045
Berlin	1.127
Brandenburg	624
Bremen	281
Hamburg	470
Hessen	378
Mecklenburg-Vorpommern	189
Niedersachsen	1.601
Nordrhein-Westfalen	5.357
Rheinland-Pfalz	469
Saarland	8
Sachsen	1.060
Sachsen-Anhalt	456
Schleswig-Holstein	471
Thüringen	1.618

Personen mit Ankunftsnachweis	22.060
Staatsangehörigkeiten insgesamt	
darunter:	
Syrien	6.687
Türkei	4.542
Afghanistan	2.298
Russische Föderation	748
Irak	693
Venezuela	552
Iran	529
Georgien	391
Kolumbien	356
Marokko	338
Nordmazedonien	307
Ungeklärt	290
Tunesien	285
Serbien	249
Algerien	231

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

Personen mit Ankunftsnachweis	10.917
Länder:	
Baden-Württemberg	731
Bayern	3.304
Berlin	538
Brandenburg	228
Bremen	117
Hamburg	86
Hessen	217
Mecklenburg-Vorpommern	96
Niedersachsen	503
Nordrhein-Westfalen	2.847
Rheinland-Pfalz	276

Saarland	12
Sachsen	457
Sachsen-Anhalt	151
Schleswig-Holstein	380
Thüringen	974

Personen mit Ankunftsnachweis Staatsangehörigkeiten insgesamt	10.917
darunter:	
Syrien	3.330
Türkei	1.478
Afghanistan	1.453
Irak	388
Russische Föderation	387
Iran	271
Marokko	255
Kolumbien	205
Aserbaidschan	191
Ungeklärt	180
Somalia	180
Georgien	176
Nordmazedonien	173
Algerien	149
Venezuela	138

Ausweislich des AZR wurden bis zum 31. Dezember 2023 insgesamt an 1.137.163 Personen Ankunftsnachweise ausgestellt, deren durchschnittliche Gültigkeit etwa 53 Tage betrug. Dieser durchschnittliche Wert hat allerdings nur eine eingeschränkte Aussagekraft, da auch Fälle enthalten sind, in denen dem Asylsuchenden zwar ein Ankunftsnachweis ausgestellt wurde, er aber im weiteren Verlauf keinen Asylantrag gestellt hat, sodass erst mit dem Ablauf der Befristung des Ankunftsnachweises die Gültigkeit endet.

Betrachtet man nur die aktuellen Fälle von Personen mit Ankunftsnachweisen, die im bisherigen Jahr 2023 einen Asylantrag stellten, so ergibt sich eine durchschnittliche Gültigkeit des Ankunftsnachweises von etwa 30 Tagen.

21. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Absatz 1 bzw. 2 AufenthG (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und zudem angeben, wie viele dieser Personen zuvor eine Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung hatten), und haben sich die Ausländerbehörden inzwischen auf die technischen Änderungen im AZR zur Erfassung der Daten zu § 104c AufenthG eingestellt, und hat sich entsprechend die Belastbarkeit dieser Daten erhöht, wie von der Bundesregierung in der Antwort zu Frage 21 auf Bundestagsdrucksache 20/8182 vermutet (bitte so konkret wie möglich ausführen)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 53.818 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG erfasst. Davon waren 15.665 Personen unter 18 Jahre alt und 38.145 Personen über 17 Jahre alt und bei acht Personen ist das Alter unbekannt.

Zum Stichtag 29. Februar 2024 waren 59.824 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG erfasst. Davon waren 17.659

Personen unter 18 Jahre alt und 42.156 Personen über 17 Jahre alt und bei neun Personen ist das Alter unbekannt Die weiteren statistischen Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Gesamt	53.683	135	53.818
männlich	34.853	78	34.931
weiblich	18.784	57	18.841
unbekannt	46		46

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Gesamt	53.683	135	53.818
weniger als 6 Jahre aufhältig	8.430	12	8.442
6 Jahre oder länger aufhältig	45.222	123	45.345
unbekannt	31	0	31

Länder insgesamt	53.683	135	53.818
davon:			
Baden-Württemberg	6.865	17	6.882
Bayern	6.920	5	6.925
Berlin	3.614	2	3.616
Brandenburg	1.800	28	1.828
Bremen	347	1	348
Hamburg	826	1	827
Hessen	3.505	25	3.530
Mecklenburg-Vorpommern	718	6	724
Niedersachsen	6.426	9	6.435
Nordrhein-Westfalen	14.718	28	14.746
Rheinland-Pfalz	1.522	2	1.524
Saarland	110	0	110
Sachsen	1.974	9	1.983
Sachsen-Anhalt	1.009	2	1.011
Schleswig-Holstein	2.584	0	2.584
Thüringen	745	0	745

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	53.683	135	53.818
darunter			
Irak	10.506	19	10.525
Russische Föderation	4.637	28	4.665
Nigeria	3.694	3	3.697
Libanon	2.379	11	2.390
Iran	2.275	2	2.277
Pakistan	2.216	9	2.225
Afghanistan	2.103	1	2.104
Ungeklärt	1.805	7	1.812
Äthiopien	1.653	2	1.655
Türkei	1.639	9	1.648
Serbien	1.532	4	1.536
Armenien	1.525	5	1.530

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Gambia	1.450	0	1.450
Kosovo	1.110	3	1.113
Guinea	1.069	0	1.069

Zum Stichtag 24. Februar 2024:

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Gesamt	59.673	151	59.824
männlich	38.583	88	38.671
weiblich	21.040	63	21.103
unbekannt	50	0	50

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Gesamt	59.673	151	59.824
weniger als 6 Jahre aufhältig	9.211	15	9.226
6 Jahre oder länger aufhältig	50.425	136	50.561
unbekannt	37	0	37

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Länder insgesamt	59.673	151	59.824
davon:			
Baden-Württemberg	7.556	18	7.574
Bayern	7.438	6	7.444
Berlin	3.985	2	3.987
Brandenburg	2.125	26	2.151
Bremen	386	1	387
Hamburg	1.082	2	1.084
Hessen	3.871	29	3.900
Mecklenburg-Vorpommern	794	6	800
Niedersachsen	6.928	11	6.939
Nordrhein-Westfalen	16.623	34	16.657
Rheinland-Pfalz	1.632	2	1.634
Saarland	134	0	134
Sachsen	2.259	12	2.271
Sachsen-Anhalt	1.159	2	1.161
Schleswig-Holstein	2.831	0	2.831
Thüringen	870	0	870

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
alle Staatsangehörigkeiten	59.673	151	59.824
darunter			
Irak	11.462	18	11.480
Russische Föderation	5.431	29	5.460
Nigeria	4.048	4	4.052
Libanon	2.629	14	2.643
Iran	2.533	2	2.535
Pakistan	2.466	11	2.477
Afghanistan	2.318	2	2.320
Ungeklärt	1.988	9	1.997

AE nach § 104c Absatz 1 und 2 AufenthG	§ 104c Absatz 1 AufenthG	§ 104c Absatz 2 AufenthG	Summe
Türkei	1.858	12	1.870
Äthiopien	1.783	2	1.785
Serbien	1.728	5	1.733
Armenien	1.647	5	1.652
Gambia	1.567	0	1.567
Kosovo	1.218	3	1.221
Aserbaidschan	1.169	1	1.170

Angaben zu der Frage, wie viele Personen zuvor eine Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsgestattung oder Duldung hatten, können nur zum jeweils aktuellen Stichtag, hier also zum Stichtag 29. Februar 2024 aus den Daten des AZR ermittelt werden.

vorheriges Aufenthaltsrecht	Anzahl Personen zum Stichtag 29.02.2024
Gesamt	59.824
darunter:	
Aufenthaltserlaubnis	4.079
Aufenthaltsgestattung	5.171
Duldung	50.070

Die Bundesregierung geht ein Jahr nach Einführung des entsprechenden Speichersachverhaltes im AZR von einer inzwischen hinreichend belastbaren Datenlage aus.

22. Wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (bitte nach Bundesländern differenzieren)?

Aus der beigelegten Tabelle ergibt sich die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA), die sich am Stichtag 31. Dezember 2023 in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit (vorläufige Schutzmaßnahmen und/oder Anschlussmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe) in den einzelnen Ländern befanden (Quelle: Bundesverwaltungsamt):

Länder	für UMA – Vorläufige Inobhutnahme	für UMA – Inobhutnahme	für UMA – Anschlussmaßnahmen (HzE und sonstige)	Summe aller jugendhilfe-rechtlichen Zuständigkeiten (Stichtag: 31.12.2023)
Baden-Württemberg	733	733	2.734	4.200
Bayern	209	1.481	1.971	3.661
Berlin	1.069	542	1.552	3.163
Brandenburg	67	173	315	555
Bremen	64	50	223	337
Hamburg	61	500	0	561
Hessen	348	821	1.301	2.470
Mecklenburg-Vorpommern	3	210	367	580
Niedersachsen	73	953	1.844	2.870
Nordrhein-Westfalen	548	2.755	4.649	7.952
Rheinland-Pfalz	53	344	1.138	1.535
Saarland	9	33	99	141
Sachsen	64	412	996	1.472
Sachsen-Anhalt	54	491	408	953
Schleswig-Holstein	59	288	563	910

Länder	für UMA – Vorläufige Inobhutnahme	für UMA – Inobhut- nahme	für UMA – Anschlussmaßnah- men (HzE und sonstige)	Summe aller jugend- hilfe-rechtlichen Zu- ständigkeiten (Stich- tag: 31.12.2023)
Thüringen	62	234	373	669
Summe aller Zuständig- keiten	3.476	10.020	18.533	32.029

23. Wie viele Personen lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 26 AufenthG (bitte nach Absätzen sowie nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 292.228 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis (NE) nach § 26 AufenthG erfasst. 44.815 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

	NE nach § 26 AufenthG	
1.	nach § 26 Absatz 3 Satz 1 AufenthG (Altfall-Asyl/GFK nach 3 Jahren)	18.822
2.	nach § 26 Absatz 4 AufenthG (Altfall-aus humanitären Gründen nach 7 Jahren)	48.432
3.	nach § 26 Absatz 3 Satz 2 AufenthG (Altfall-Resettlement nach 3 Jahren) erteilt am...	243
4.	nach § 26 Absatz 3 Satz 3 AufenthG (Asyl/GFK nach 3 Jahren)	24.296
5.	nach § 26 Absatz 3 Satz 1 AufenthG (Asyl/GFK nach 5 Jahren)	97.387
6.	nach § 26 Absatz 3 Satz 6 i. V. m. Satz 3 AufenthG (Resettlement nach 3 Jahren)	808
7.	nach § 26 Absatz 3 Satz 6 i. V. m. Satz 1 AufenthG (Resettlement nach 5 Jahren)	3.739
8.	nach § 26 Absatz 3 Satz 5 i. V. m. § 35 AufenthG (Kinder mit Einreise vor Vollendung des 18. Lebensjahrs)	13.231
9.	nach § 26 Absatz 4 AufenthG (aus humanitären Gründen nach 5 Jahren)	85.270

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Gesamt – Summe	18.822	48.432	243	24.296	97.387	808	3.739	13.231	85.270	292.228
männlich	11.324	26.402	147	15.256	74.249	525	2.839	7.754	51.190	189.686
weiblich	7.493	21.990	96	9.016	23.080	283	897	5.462	34.006	102.323
unbekannt	4	40	0	24	57	0	3	15	74	217
divers	1	0	0	0	1	0	0	0	0	2

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Summe	18.822	48.432	243	24.296	97.387	808	3.739	13.231	85.270	292.228
unter 18 Jahre	861	5	7	1.409	2.167	34	56	2.429	2.293	9.261
18 Jahre oder älter	17.961	48.426	236	22.887	95.218	774	3.683	10.802	82.973	282.960
unbekannt	0	1	0	0	2	0	0	0	4	7

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Gesamt	18.822	48.432	243	24.296	97.387	808	3.739	13.231	85.270	292.228
Baden-Württemberg	4.712	7.794	5	1.284	11.700	147	916	1.594	11.360	39.512
Bayern	3.020	6.461	12	1.917	12.219	47	286	1.098	9.417	34.477

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Berlin	200	3.153	0	2.002	6.596	38	116	13	6.598	18.716
Brandenburg	53	384	0	172	1.424	3	54	126	684	2.900
Bremen	78	516	0	658	2.005	18	68	497	1.508	5.348
Hamburg	230	1.268	0	1.018	2.190	22	113	13	3.189	8.043
Hessen	3.904	5.770	6	1.064	9.770	75	369	1.397	7.796	30.151
Mecklenburg- Vorpommern	105	323	0	31	687	3	24	90	262	1.525
Niedersachsen	1.374	4.210	6	4.566	10.239	113	380	1.928	9.304	32.120
Nordrhein-Westfalen	4.185	13.732	186	8.203	24.416	258	981	4.184	25.537	81.682
Rheinland-Pfalz	223	1.878	1	1.035	4.095	35	130	638	3.556	11.591
Saarland	132	855	0	647	3.038	8	91	614	1.220	6.605
Sachsen	228	556	0	319	3.015	6	63	321	1.397	5.905
Sachsen-Anhalt	199	454	24	94	1.485	9	29	150	623	3.067
Schleswig-Holstein	131	789	2	1.075	2.689	21	82	405	1.969	7.163
Thüringen	48	289	1	211	1.819	5	37	163	850	3.423

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG nach Staats- angehörigkeiten	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Gesamt	18.822	48.432	243	24.296	97.387	808	3.739	13.231	85.270
darunter:									
Syrien	620	480	20	4.474	48.058	189	1.801	6.821	6.671
Irak	4.237	1.293	73	5.638	12.365	163	436	2.119	3.811
Türkei	4.501	4.310	24	4.570	4.210	156	208	255	8.282
Kosovo	1.332	9.079	3	577	568	19	58	199	14.218
Afghanistan	1.024	1.062	10	1.590	6.230	44	213	1.647	10.437
Serbien	268	3.473	5	214	198	5	32	214	9.575
Iran	1.809	469	36	2.169	7.291	65	237	271	1.471
Bosnien und Herzegowina	60	10.710	8	29	16	1	9	19	1.829
Eritrea	638	209	2	481	6.968	19	270	163	565
Vietnam	221	3.436	1	188	247	10	15	6	3.067
Ungeklärt	114	589	3	561	2.363	13	66	270	1.528
Russische Föderation	369	881	8	708	782	16	25	103	1.693
Sri Lanka	595	974	2	538	566	12	18	14	860
Somalia	341	195	2	324	1.091	7	62	178	950
Libanon	35	638	2	56	105	4	9	38	2.204

Niederlassungs- erlaubnis nach § 26 AufenthG	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	Summe
Gesamt – Summe	18.822	48.432	243	24.296	97.387	808	3.739	13.231	85.270	292.228
davon erstmalig im Jahr 2023	0	0	0	2.286	20.582	101	658	3.991	17.197	44.815

24. Wie viele Asylanerkennungen bzw. Anerkennungen eines internationalen bzw. subsidiären oder nationalen Schutzbedarfs (bitte differenzieren) wurden im Jahr 2023 durch das BAMF bzw. – soweit vorliegend – durch Gerichte (bitte differenzieren) ausgesprochen (bitte auch nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei sich die 15 wichtigsten Herkunftsländer auf die Anzahl der Entscheidungen beziehen:

BAMF 01.01.–31.12.2023	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gemäß § 4 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.824	40.701	71.290	21.462
davon				
Männlich	822	20.931	56.445	17.883
Weiblich	1.002	19.770	14.845	3.579
unter 18 Jahre	815	25.378	17.398	6.171
über 17 Jahre	1.009	15.323	53.892	15.291

BAMF 01.01.–31.12.2023	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gemäß § 4 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	1.824	40.701	71.290	21.462
darunter				
Syrien	120	10.494	67.044	336
Afghanistan	523	15.731	1.115	18.089
Irak	10	2.130	491	600
Eritrea	107	2.524	482	69
Türkei	254	2.642	200	53
Somalia	79	1.749	324	914
Ungeklärt	58	1.580	397	66
Iran	122	1.696	149	70
Jemen	22	82	400	37
Guinea	68	300	82	62
Russische Föderation	109	259	104	8
Venezuela	30	26	31	317
Nigeria	14	128	19	197
Äthiopien	1	147	31	101
Pakistan	14	189	2	68

Gerichte 01.01.–31.12.2023	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gemäß § 4 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	287	3.473	1.076	3.443
davon				
Männlich	161	2.196	720	2.109
Weiblich	126	1.277	356	1.334
unter 18 Jahre	48	498	242	1.014
über 17 Jahre	239	2.975	834	2.429

Gerichte 01.01.–31.01.2023	Ausgesprochene Anerkennungen als Asylberechtigte nach Artikel 16a GG	Ausgesprochene Gewährungen von Flüchtlingsschutz nach § 3 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochener subsidiärer Schutz gemäß § 4 Absatz 1 AsylVfG	Ausgesprochene Abschiebungsver- bote nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG
Herkunftsländer insgesamt	287	3.473	1.076	3.443
darunter				
Iran	54	1.080	35	52
Irak	2	246	120	585
Afghanistan	13	274	19	476
Türkei	95	560	29	73
Syrien	9	476	14	74
Nigeria	15	44	1	339
Somalia	1	43	54	224
Pakistan	12	247	10	45
Russische Föd.	17	61	101	123
Sudan	2	6	132	101
Ungeklärt	1	34	51	141
Venezuela	5	11	3	169
Äthiopien	1	32	12	142
Jemen	0	6	136	40
Eritrea	1	13	98	45

25. Wie viele (rechtskräftig) abgelehnte Asylsuchende lebten zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 mit welchem Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Status, Bundesländern, Jahr der Asylentscheidung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum 31. Dezember 2023 waren im AZR 925.967 Personen mit einem abgelehnten Asylantrag erfasst, darunter 586.840 männliche, 338.364 weibliche, zwölf bzw. und 751 Personen unbekanntes Geschlechts. 157.667 Personen waren unter 18 Jahre alt, 768.172 Personen waren über 18 Jahre oder älter und bei 128 Personen ist das Alter unbekannt.

Zum 29. Februar 2024 waren im AZR 940.406 Personen mit einem abgelehnten Asylantrag erfasst, darunter 596.500 männliche, 343.132 weibliche, 14 diverse und 760 Personen unbekanntes Geschlechts. 160.531 Personen waren unter 18 Jahre alt, 779.737 Personen waren über 18 Jahre oder älter und bei 138 Personen ist das Alter unbekannt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass eine Asylablehnung im AZR im Regelfall nicht gelöscht wird, die zugrundeliegende Asylentscheidung daher u. U. viele Jahre zurückliegen kann und der Ausländer zwischenzeitlich das Aufenthaltsrecht ggf. auf andere Weise erworben haben kann. Eine im AZR gespeicherte Asylablehnung allein bedeutet also nicht, dass diese Person etwa ausreisepflichtig wäre. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zum Stichtag 31. Dezember 2023:

Personen mit abgelehntem Asylantrag	925.967
Aufenthaltsdauer	
seit weniger als sechs Jahren	238.510
seit sechs Jahren oder länger	687.195
Aufenthaltsdauer unbekannt	262

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	29,8
befristete Aufenthaltsrechte	51,0
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	19,2

Personen mit abgelehntem Asylantrag	925.967
Länder	
Baden-Württemberg	110.916
Bayern	115.753
Berlin	71.005
Brandenburg	19.335
Bremen	14.289
Hamburg	34.704
Hessen	79.055
Mecklenburg-Vorpommern	9.821
Niedersachsen	85.922
Nordrhein-Westfalen	238.913
Rheinland-Pfalz	40.329
Saarland	8.802
Sachsen	31.684
Sachsen-Anhalt	16.688
Schleswig-Holstein	32.891
Thüringen	15.860

Personen mit abgelehntem Asylantrag nach Staatsangehörigkeiten	925.967
darunter:	
Afghanistan	161.609
Türkei	86.456
Kosovo	69.290
Irak	61.173
Serbien	49.123
Syrien	32.658
Nigeria	32.277
Vietnam	27.786
Russische Föderation	27.016
Nordmazedonien	20.327
Albanien	19.155

Iran	19.037
Libanon	18.957
Pakistan	17.826
Armenien	15.505

Jahr der Asylentscheidung (Antrag abgelehnt)	925.967
vor 1990	3.439
1990	4.984
1991	6.204
1992	7.910
1993	14.896
1994	16.170
1995	17.459
1996	18.087
1997	17.804
1998	18.264
1999	18.719
2000	27.067
2001	21.806
2002	24.542
2003	23.708
2004	19.935
2005	17.176
2006	14.197
2007	9.521
2008	5.519
2009	5.524
2010	8.118
2011	9.215
2012	12.535
2013	13.899
2014	12.676
2015	19.649
2016	41.574
2017	69.668
2018	56.428
2019	64.498
2020	67.792
2021	69.536
2022	81.052
2023	61.746
unbekannt	24.650

Zum Stichtag 29. Februar 2024:

Personen mit abgelehntem Asylantrag	940.406
Aufenthaltsdauer	
seit weniger als sechs Jahren	248.437
seit sechs Jahren oder länger	691.698
Aufenthaltsdauer unbekannt	271

Personen mit einem abgelehnten Asylantrag	
davon mit dem Aufenthaltsstatus:	in %
unbefristete Aufenthaltsrechte	29,5
befristete Aufenthaltsrechte	51,2
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	19,3

Personen mit abgelehntem Asylantrag	940.406
Länder	
Baden-Württemberg	112.629
Bayern	117.674
Berlin	72.988
Brandenburg	19.771
Bremen	14.446
Hamburg	34.799
Hessen	80.992
Mecklenburg-Vorpommern	9.994
Niedersachsen	86.813
Nordrhein-Westfalen	241.477
Rheinland-Pfalz	40.878
Saarland	8.833
Sachsen	32.351
Sachsen-Anhalt	16.816
Schleswig-Holstein	33.613
Thüringen	16.332

Personen mit abgelehntem Asylantrag nach Staatsangehörigkeiten	940.406
darunter:	
Afghanistan	164.335
Türkei	89.409
Kosovo	69.372
Irak	62.323
Serbien	49.505
Syrien	32.684
Nigeria	32.646
Vietnam	27.815
Russische Föderation	27.781
Nordmazedonien	20.960
Iran	19.516
Albanien	19.508
Libanon	19.037
Pakistan	18.089
Armenien	15.642

Jahr der Asylentscheidung (Antrag abgelehnt)	940.406
vor 1990	3.408
1990	4.967
1991	6.164
1992	7.853
1993	14.773
1994	16.084
1995	17.396
1996	18.025
1997	17.736

1998	18.177
1999	18.651
2000	26.971
2001	21.677
2002	24.435
2003	23.635
2004	19.810
2005	17.073
2006	14.121
2007	9.447
2008	5.500
2009	5.486
2010	8.068
2011	9.132
2012	12.454
2013	13.782
2014	12.574
2015	19.694
2016	41.681
2017	69.704
2018	56.422
2019	64.535
2020	67.973
2021	69.548
2022	81.018
2023	67.484
2024	10.469
unbekannt	24.479

26. Wie viele Personen waren zum 31. Dezember 2023 im Ausländerzentralregister erfasst, die weder einen Aufenthaltstitel, eine Duldung noch eine Aufenthaltsgestattung besaßen, wie viele EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und wie viele Ausreisepflichtige waren hierunter (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 4.551.864 Personen erfasst, bei denen im AZR weder ein Aufenthaltstitel noch eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung gespeichert war, darunter 4.028.548 EU- und EWR-Bürger. Neben EU- und EWR-Bürgern sind Personen enthalten, deren Aufenthaltstitel erloschen, widerrufen oder zurückgenommen wurde, bei denen die Prüfung der Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels andauert oder zu denen keinerlei aufenthaltsrechtlicher Status im AZR erfasst ist. Auch Personen, die in Haft untergebracht sind, können enthalten sein. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.551.864
Geschlecht	
männlich	2.508.739
weiblich	2.031.914
divers	83
unbekannt	11.128

Personen ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Aufenthaltsgestattung	4.551.864
nach Alter	
unter 18 Jahre	817.677
18 Jahre und älter	3.733.902
unbekannt	285

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus	4.551.864
Aufenthalt seit	
unter sechs Jahren	2.175.636
sechs Jahre und länger	2.375.994
Aufenthaltsdauer unbekannt	234

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus	4.551.864
nach Ländern	
Baden-Württemberg	731.572
Bayern	926.509
Berlin	315.326
Brandenburg	72.609
Bremen	36.516
Hamburg	81.638
Hessen	436.873
Mecklenburg-Vorpommern	41.423
Niedersachsen	352.553
Nordrhein-Westfalen	958.340
Rheinland-Pfalz	231.537
Saarland	50.602
Sachsen	104.127
Sachsen-Anhalt	50.979
Schleswig-Holstein	103.586
Thüringen	57.674

Anzahl der aufhältigen Ausländer ohne Aufenthaltsstatus	4.551.864
darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	
Rumänien	887.795
Polen	807.563
Bulgarien	422.447
Italien	365.015
Kroatien	258.932
Griechenland	215.271
Ungarn	206.801
Spanien	147.465
Niederlande	98.961
Frankreich	96.057
Österreich	94.633
Portugal	84.862
Ukraine	75.721
Slowakische Republik	60.572
Tschechische Republik	56.858

Anzahl der aufhältigen EU- Bürger ohne Aufenthaltstitel	4.028.548
männlich	2.211.999
weiblich	1.807.952
divers	34
unbekannt	8.563

Anzahl der aufhältigen EU- Bürger ohne Aufenthaltstitel	4.028.548
unter 18 Jahre	664.407
18 Jahre oder älter	3.364.114
unbekannt	27

Anzahl der aufhältigen EU- Bürger ohne Aufenthaltstitel Aufenthaltsdauer	4.028.548
seit weniger als sechs Jahren	1.784.039
seit sechs Jahren oder mehr	2.244.316
Aufenthaltsdauer unbekannt	193

Anzahl der aufhältigen EU- Bürger ohne Aufenthaltstitel nach Ländern	4.028.548
Baden-Württemberg	656.528
Bayern	840.247
Berlin	262.768
Brandenburg	54.755
Bremen	30.862
Hamburg	68.631
Hessen	390.705
Mecklenburg-Vorpommern	35.850
Niedersachsen	315.980
Nordrhein-Westfalen	840.943
Rheinland-Pfalz	214.585
Saarland	46.982
Sachsen	86.888
Sachsen-Anhalt	42.893
Schleswig-Holstein	89.455
Thüringen	50.476

Anzahl der aufhältigen EU- Bürger ohne Aufenthaltstitel darunter folgende Hauptstaatsangehörigkeiten	4.028.548
Rumänien	887.795
Polen	807.563
Bulgarien	422.447
Italien	365.015
Kroatien	258.932
Griechenland	215.271
Ungarn	206.801
Spanien	147.465
Niederlande	98.961
Frankreich	96.057
Österreich	94.633
Portugal	84.862
Slowakische Republik	60.572
Tschechische Republik	56.858
Litauen	53.757

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht	31.245
männlich	23.160
weiblich	7.964
divers	6
unbekannt	115

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht	31.245
unter 18 Jahre	4.689
18 Jahre oder älter	26.548
unbekannt	8

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht Aufenthalt	31.245
seit weniger als sechs Jahren	18.939
seit sechs Jahren oder länger	12.287
Aufenthaltsdauer unbekannt	19

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht nach Ländern	31.245
Baden-Württemberg	3.132
Bayern	4.482
Berlin	2.823
Brandenburg	1.319
Bremen	285
Hamburg	1.956
Hessen	2.645
Mecklenburg-Vorpommern	161
Niedersachsen	2.678
Nordrhein-Westfalen	7.532
Rheinland-Pfalz	1.142
Saarland	141
Sachsen	1.302
Sachsen-Anhalt	503
Schleswig-Holstein	870
Thüringen	274

Ausländer ohne Aufenthaltsstatus mit Ausreisepflicht darunter:	31.245
Rumänien	2.994
Albanien	2.036
Polen	1.671
Serbien	1.628
Bulgarien	1.622
Kroatien	1.409
Türkei	1.285
Nordmazedonien	1.175
Moldau (Republik)	1.015
Ukraine	1.012
Georgien	851
Irak	827
Russische Föderation	763
Bosnien und Herzegowina	763
Afghanistan	754

27. Wie viele in Deutschland lebende Personen waren zum 31. Dezember 2023 vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	62.977
männlich	33.796
weiblich	29.014
unbekannt	167

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	62.977
unter 18 Jahre	2.831
18 Jahre oder älter	60.146

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit	62.977
weniger als sechs Jahre	6.564
seit sechs Jahren oder länger	56.412
unbekannt	1

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit nach Ländern	62.977
Baden-Württemberg	18.146
Bayern	11.423
Berlin	1.928
Brandenburg	126
Bremen	397
Hamburg	1.420
Hessen	5.706
Mecklenburg-Vorpommern	211
Niedersachsen	3.046
Nordrhein-Westfalen	15.006
Rheinland-Pfalz	2.747
Saarland	1.383
Sachsen	221
Sachsen-Anhalt	127
Schleswig-Holstein	1.013
Thüringen	77

Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit darunter:	62.977
Italien	18.507
Griechenland	10.326
Frankreich	4.119
Portugal	3.420
Österreich	2.725
Türkei	2.715
Rumänien	2.674
Polen	2.407
Niederlande	2.366
Spanien	2.283
Vereinigte Staaten von Amerika	1.896
Kroatien	1.082

Bulgarien	921
Großbritannien mit Nordirland	855
Ungarn	689

28. Wie viele Personen hatten zum 31. Dezember 2023 einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Geschlecht:	708.582
männlich	372.596
weiblich	335.251
divers	26
unbekannt	709

nach Alter:	708.582
unter 18 Jahre	173.626
18 Jahre oder älter	534.931
unbekannt	25

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt nach Ländern	708.582
Baden-Württemberg	104.949
Bayern	115.687
Berlin	23.623
Brandenburg	11.180
Bremen	3.173
Hamburg	32.288
Hessen	64.724
Mecklenburg-Vorpommern	9.526
Niedersachsen	42.388
Nordrhein-Westfalen	179.744
Rheinland-Pfalz	29.557
Saarland	4.831
Sachsen	29.511
Sachsen-Anhalt	16.506
Schleswig-Holstein	23.375
Thüringen	17.520

Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels gestellt darunter:	708.582
Ukraine	134.632
Syrien	93.761
Türkei	40.971
Afghanistan	36.908
Kosovo	30.364
Indien	27.400
Irak	24.675
Serbien	23.856
Bosnien und Herzegowina	17.434

China	16.337
Russische Föderation	15.459
Nordmazedonien	14.981
Iran	14.156
Albanien	13.406
Marokko	10.259

29. Wie viele Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG lebten zum 31. Dezember 2023 in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern und gesondert nach den ausstellenden Mitgliedstaaten differenzieren), und wie viele von ihnen erhielten diesen Status erstmals im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im AZR 31.292 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG, darunter 26.960 männliche und 4.294 weibliche sowie 38 Personen mit unbekanntem Geschlecht erfasst. 333 Personen waren unter 18 Jahre und 30.959 Personen 18 Jahre oder älter. 4.655 Personen erhielten diesen Status erstmalig im Jahr 2023. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG insgesamt	31.292
Aufenthalt unter sechs Jahre	25.662
Aufenthalt seit sechs Jahren oder länger	5.629
Aufenthaltsdauer unbekannt	1

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG darunter:	31.292
Albanien	4.106
Kosovo	3.533
Pakistan	3.270
Indien	2.766
Vietnam	2.120
Bosnien und Herzegowina	1.819
Bangladesch	1.553
Nordmazedonien	1.468
Marokko	1.444
Ghana	1.076
Türkei	927
Nigeria	913
Italien	861
China	665
Tunesien	444

Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG* Ausstellender Mitgliedstaat	31.292
Italien	17.825
Griechenland	4.660
Slowenien	3.126
Tschechische Republik	2.017
Spanien	2.014
Polen	416
Österreich	362

Slowakei	338
Kroatien	101
Deutschland	62
Estland	46
Litauen	46
Rumänien	43
Frankreich	39
Ungarn	38
Portugal	38
Lettland	31
Niederlande	29
Bulgarien	26
Belgien	22
Schweden	14
Finnland	12
sowie 7 weitere Staaten mit weniger als 10 Ausstellungen	25

* In Einzelfällen können mehrere Ausstellungen zu einer Person gespeichert sein.

30. Wie viele ausländische Personen waren Ende 2023 zur Festnahme (mit dem Ziel der Abschiebung) bzw. zur Aufenthaltsermittlung (bitte differenzieren) ausgeschrieben (bitte jeweils nach Geschlecht, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Alter über 17 oder unter 18 Jahren und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele dieser Personen lebten Ende 2023 noch in Deutschland, und bei wie vielen erfolgte die jeweilige Ausschreibung im Jahr 2023?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 303.776 ausländische Personen zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben, darunter 255.103 männliche, 47.038 weibliche und 64 diverse sowie 1.571 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 5.251 Personen waren unter 18 Jahre alt und 298.420 Personen waren 18 Jahre und älter. Bei 105 Personen ist das Alter unbekannt. 166.723 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, keine Person sechs Jahre oder länger, bei 137.053 Personen ist eine Aufenthaltsdauer unbekannt. Bei 75.766 Personen wurde im Jahr 2023 eine Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung erfasst. 22.261 Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung wurden Ende 2023 als aufhältig erfasst. Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit einer Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung darunter:	303.776
Rumänien	33.564
Polen	21.085
Georgien	13.264
Ungeklärt	11.157
Bulgarien	10.943
Türkei	10.245
Algerien	10.126
Ohne Angabe	10.062
Ukraine	8.997
Irak	8.762
Afghanistan	8.034
Marokko	7.941
Albanien	7.803

Syrien	6.552
Moldau (Republik)	6.019

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 75.177 ausländische Personen zur Festnahme ausgeschrieben, darunter 64.360 männliche und 10.710 weibliche, 13 diverse sowie 94 Personen mit unbekanntem Geschlecht. 2.180 Personen waren unter 18 Jahre alt und 72.994 Personen waren 18 Jahre und älter. Bei drei Personen war das Alter unbekannt. 61.584 Personen lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, keine Person sechs Jahre oder länger. Bei 13.593 Personen ist eine Aufenthaltsdauer unbekannt. Bei 15.217 Personen wurde im Jahr 2023 eine Ausschreibung zur Festnahme erfasst. Ende 2023 waren 2.561 Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme als aufhältig erfasst. Die Verteilung nach Hauptstaatsangehörigkeiten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Personen mit einer Ausschreibung zur Festnahme darunter:	75.177
Georgien	5.918
Albanien	5.825
Türkei	4.780
Serbien	3.903
Algerien	3.711
Syrien	3.408
Moldau (Republik)	3.169
Pakistan	3.016
Nordmazedonien	2.796
Marokko	2.677
Afghanistan	2.559
Kosovo	2.123
Ukraine	2.103
Nigeria	1.958
Irak	1.594

31. Wie viele Personen, die wegen einer Straftat nach § 95 Absatz 1 Nummer 3 oder Absatz 2 Nummer 1 AufenthG (vgl. § 2 Absatz 2 Nummer 11 des Gesetzes über das Ausländerzentralregister [AZRG]: illegale Einreise bzw. illegaler Aufenthalt) verurteilt wurden, waren Ende 2023 im AZR erfasst, und wie viele von ihnen lebten zu diesem Zeitpunkt noch in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Aufenthaltsstatus und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im AZR 5.721 Personen mit einer Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 11 des Ausländerzentralregistergesetzes (AZRG) erfasst. 3.395 Personen mit der genannten Speicherung hielten sich zum genannten Stichtag in Deutschland auf. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 11 AZRG, aufhältig	3.395
Geschlecht	
männlich	2.683
weiblich	709
unbekannt	3

18 Jahre oder älter	3.338
unter 18 Jahre	57

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 11 AZRG, aufhältig	3.395
darunter mit Aufenthaltsstatus:	in %
befristet	51,3
unbefristet	26,6
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	22,0

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 11 AZRG, aufhältig	3.395
darunter:	
Türkei	410
Syrien	391
Afghanistan	342
Irak	193
Kosovo	132
Russische Föderation	123
Nigeria	120
Somalia	106
Vietnam	106
Iran	91

32. Wie viele Personen sind nach Angaben des AZR insgesamt nach § 54 Absatz 2 Nummer 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt worden, wie viele Befragungen erfolgten 2023, und wie viele Befragte lebten Ende 2023 noch in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG; bitte nach Aufenthaltsstatus, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Geschlecht und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren 214.081 Personen im AZR erfasst, die nach § 54 Absatz 2 Nummer 7 AufenthG sicherheitsrechtlich befragt wurden, davon 30.847 Personen im Jahr 2023. Darunter waren 30.130 Personen, die sich lt. AZR zum Stichtag noch in Deutschland aufhielten. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG, aufhältig	30.130
männlich	19.905
weiblich	10.213
divers	1
unbekannt	11

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG, aufhältig	30.130
unter sechs Jahre	19.919
sechs Jahre oder länger	10.205
unbekannt	6

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG, aufhältig	30.130
befristet	78,9 %
unbefristet	10,3 %
sonstiges (z. B. Duldung, kein Status gespeichert)	10,8 %

Speicherung gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 12 AZRG, aufhältig	
Staatsangehörigkeiten insgesamt	30.130
darunter:	
Syrien	7.679
Afghanistan	5.380
Irak	2.941
Iran	1.967
Nigeria	1.744
Pakistan	1.443
Tunesien	1.010
Ägypten	843
Marokko	725
Philippinen	652

33. Wie viele Ausreisepflichtige lebten nach Angaben des AZR zum 31. Dezember 2023 bzw. zum 29. Februar 2024 in Deutschland, wie viele von ihnen hatten eine Duldung, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende, wie viele von ihnen waren abgelehnte Asylsuchende ohne Duldung, wie viele von ihnen befanden sich nach Angaben des AZR noch in einem Asylverfahren, hatten einen Schutzstatus erhalten oder waren EU-Angehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts (bitte zu allen Unterfragen jeweils nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), und zu wie vielen Personen wurde im Jahr 2023 eine vollziehbare bzw. rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt (bitte nach Geschlecht, Alter über 17 oder unter 18 Jahren, Aufenthalt seit mehr oder weniger als sechs Jahren, Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2023	242.642
Länder	
Baden-Württemberg	31.180
Bayern	28.615
Berlin	18.041
Brandenburg	8.829
Bremen	3.771
Hamburg	9.825
Hessen	13.461
Mecklenburg-Vorpommern	3.894
Niedersachsen	21.605
Nordrhein-Westfalen	59.373
Rheinland-Pfalz	9.211
Saarland	2.010
Sachsen	13.090
Sachsen-Anhalt	5.779
Schleswig-Holstein	9.202
Thüringen	4.756

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 31. Dezember 2023	242.642
darunter:	
Irak	24.566
Afghanistan	14.339
Türkei	13.523
Russische Föderation	12.776

Nigeria	12.673
Syrien	10.340
Serbien	9.850
Iran	9.211
Georgien	7.693
Nordmazedonien	7.277
Albanien	6.374
Ungeklärt	6.012
Pakistan	5.135
Guinea	5.033
Moldau (Republik)	4.444

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2023	193.972
Länder	
Baden-Württemberg	26.768
Bayern	21.458
Berlin	12.812
Brandenburg	6.949
Bremen	3.267
Hamburg	7.149
Hessen	9.823
Mecklenburg-Vorpommern	3.409
Niedersachsen	17.465
Nordrhein-Westfalen	48.902
Rheinland-Pfalz	7.116
Saarland	1.781
Sachsen	10.338
Sachsen-Anhalt	4.635
Schleswig-Holstein	7.958
Thüringen	4.142

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2023	193.972
darunter:	
Irak	22.282
Afghanistan	12.384
Nigeria	11.555
Russische Föderation	11.273
Türkei	10.726
Syrien	9.005
Iran	8.214
Serbien	7.712
Ungeklärt	5.495
Nordmazedonien	5.443
Georgien	5.354
Guinea	4.699
Pakistan	4.381
Libanon	4.029
Albanien	3.811

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2023	137.262
Länder	
Baden-Württemberg	18.723
Bayern	16.372
Berlin	10.151
Brandenburg	5.028
Bremen	1.538
Hamburg	4.151
Hessen	6.600
Mecklenburg-Vorpommern	2.321
Niedersachsen	12.194
Nordrhein-Westfalen	33.777
Rheinland-Pfalz	5.452
Saarland	787
Sachsen	8.755
Sachsen-Anhalt	3.550
Schleswig-Holstein	5.130
Thüringen	2.733

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag* zum Stichtag 31. Dezember 2023	137.262
darunter:	
Irak	18.988
Nigeria	9.302
Russische Föderation	8.200
Afghanistan	7.217
Iran	6.282
Türkei	6.110
Serbien	5.481
Georgien	4.322
Pakistan	3.774
Nordmazedonien	3.751
Ungeklärt	3.599
Guinea	3.341
Libanon	3.045
Indien	2.989
Albanien	2.917

* Hinweis zu den Tabellen „mit abgelehntem Asylantrag“: Für die vorliegende Ausreisepflicht muss die im AZR gespeicherte Asylablehnung nicht zwingend ursächlich sein, da diese Entscheidung grundsätzlich gespeichert wird, bis die Voraussetzungen für ihre Löschung gegeben sind (vgl. § 36 AZRG). Insofern kann die Asylablehnung ggf. eine längere Zeit zurückliegen.

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2023	17.845
Länder	
Baden-Württemberg	1.463
Bayern	2.289
Berlin	2.287
Brandenburg	778
Bremen	147
Hamburg	794
Hessen	962
Mecklenburg-Vorpommern	216
Niedersachsen	1.650

Nordrhein-Westfalen	3.627
Rheinland-Pfalz	842
Saarland	78
Sachsen	1.314
Sachsen-Anhalt	487
Schleswig-Holstein	570
Thüringen	341

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 31. Dezember 2023	17.845
darunter:	
Irak	1.515
Serbien	1.124
Türkei	1.115
Georgien	1.021
Albanien	922
Nordmazedonien	855
Russische Föderation	839
Moldau (Republik)	762
Nigeria	720
Afghanistan	701
Iran	558
Kosovo	470
Pakistan	439
Bosnien und Herzegowina	366
Syrien	356

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2023	28.848
Länder	
Baden-Württemberg	3.518
Bayern	3.322
Berlin	1.569
Brandenburg	1.627
Bremen	285
Hamburg	842
Hessen	1.450
Mecklenburg-Vorpommern	757
Niedersachsen	3.324
Nordrhein-Westfalen	5.641
Rheinland-Pfalz	1.246
Saarland	254
Sachsen	1.951
Sachsen-Anhalt	595
Schleswig-Holstein	1.533
Thüringen	934

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 31. Dezember 2023	28.848
darunter:	
Irak	2.835
Afghanistan	2.794
Syrien	2.508
Türkei	2.395

Russische Föderation	2.210
Georgien	1.519
Iran	1.513
Nigeria	1.345
Nordmazedonien	1.325
Serbien	825
Somalia	545
Pakistan	535
Albanien	506
Armenien	445
Ungeklärt	445

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 31. Dezember 2023	Als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	Gesamt
insgesamt	74	1.061	895	2.030
Länder				
Baden-Württemberg	15	95	73	183
Bayern	4	124	72	200
Berlin	2	51	65	118
Brandenburg		25	23	48
Bremen	2	21	16	39
Hamburg	8	116	35	159
Hessen	9	120	75	204
Mecklenburg-Vorpommern		17	21	38
Niedersachsen	3	77	60	140
Nordrhein-Westfalen	25	183	217	425
Rheinland-Pfalz		66	52	118
Saarland	2	9	71	82
Sachsen		49	32	81
Sachsen-Anhalt	2	30	22	54
Schleswig-Holstein	2	56	25	83
Thüringen		22	36	58

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 31. Dezember 2023	Als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 4 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	Gesamt
Syrien	2	138	657	797
Afghanistan	7	359	50	416
Iran	17	171	7	195
Irak	6	92	44	142
Türkei	23	50	9	82
Eritrea	2	28	21	51
Somalia		40	8	48
Russische Föderation		26	21	47
Ungeklärt		26	14	40
Pakistan		17		17
Aserbajdschan		14	2	16
Albanien	1	3	11	15
Nigeria	5	8	2	15
Libyen		3	9	12
Guinea		9	2	11

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts* zum Stichtag 31. Dezember 2023	2.335
Länder	
Baden-Württemberg	584
Bayern	433
Berlin	79
Brandenburg	31
Bremen	14
Hamburg	50
Hessen	239
Mecklenburg-Vorpommern	10
Niedersachsen	128
Nordrhein-Westfalen	501
Rheinland-Pfalz	123
Saarland	9
Sachsen	50
Sachsen-Anhalt	26
Schleswig-Holstein	41
Thüringen	17

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts* zum Stichtag 31. Dezember 2023	2.335
darunter:	
Kroatien	826
Rumänien	423
Italien	253
Polen	221
Bulgarien	117
Spanien	90
Griechenland	87
Portugal	47
Niederlande	47
Ungarn	39
Litauen	31
Tschechische Republik	31
Österreich	30
Frankreich	21
Slowakische Republik	15

* Hinweis zu den Tabellen „Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Entzug des Freizügigkeitsrechts“: Die Erlangung des EU-Freizügigkeitsrechts durch einen Ausländer bedeutet nicht automatisch, dass die vorher als Drittstaatsangehöriger erhaltene Ausreisepflicht erlischt. Vielmehr gilt die bisherige Ausreisepflicht rechtlich fort, solange eine Einzelfallprüfung der jeweils zuständigen Ausländerbehörde keinen anderen Sachverhalt ergibt und eine Löschung der Ausreisepflicht durch die Ausländerbehörde nicht erfolgt.

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 29. Februar 2024	237.008
Länder	
Baden-Württemberg	30.168
Bayern	27.702
Berlin	17.937
Brandenburg	8.326
Bremen	3.860
Hamburg	9.454
Hessen	13.486
Mecklenburg-Vorpommern	3.787

Niedersachsen	21.306
Nordrhein-Westfalen	57.573
Rheinland-Pfalz	8.950
Saarland	2.080
Sachsen	12.837
Sachsen-Anhalt	5.552
Schleswig-Holstein	9.262
Thüringen	4.728

Ausreisepflichtige Personen zum Stichtag 29. Februar 2024	237.008
darunter:	
Irak	23.386
Türkei	14.029
Afghanistan	13.965
Russische Föderation	12.146
Nigeria	12.089
Syrien	10.229
Serbien	9.850
Iran	8.722
Georgien	7.893
Nordmazedonien	7.431
Albanien	6.478
Ungeklärt	5.808
Guinea	4.972
Pakistan	4.813
Moldau (Republik)	4.365

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 29. Februar 2024	189.931
Länder	
Baden-Württemberg	26.008
Bayern	20.867
Berlin	12.719
Brandenburg	6.861
Bremen	3.324
Hamburg	6.931
Hessen	9.873
Mecklenburg-Vorpommern	3.273
Niedersachsen	17.259
Nordrhein-Westfalen	47.140
Rheinland-Pfalz	6.947
Saarland	1.859
Sachsen	10.207
Sachsen-Anhalt	4.500
Schleswig-Holstein	8.007
Thüringen	4.156

Ausreisepflichtige Personen mit Duldung zum Stichtag 29. Februar 2024	189.931
darunter:	
Irak	21.175
Afghanistan	12.152
Türkei	11.234
Nigeria	11.022

Russische Föderation	10.800
Syrien	9.027
Iran	7.817
Serbien	7.655
Nordmazedonien	5.629
Georgien	5.577
Ungeklärt	5.318
Guinea	4.672
Pakistan	4.066
Albanien	3.863
Libanon	3.819

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag 29. Februar 2024	132.743
Länder	
Baden-Württemberg	17.878
Bayern	15.609
Berlin	10.036
Brandenburg	4.946
Bremen	1.554
Hamburg	3.954
Hessen	6.535
Mecklenburg-Vorpommern	2.253
Niedersachsen	11.693
Nordrhein-Westfalen	32.373
Rheinland-Pfalz	5.328
Saarland	808
Sachsen	8.444
Sachsen-Anhalt	3.406
Schleswig-Holstein	5.146
Thüringen	2.780

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag zum Stichtag 29. Februar 2024	132.743
darunter:	
Irak	17.941
Nigeria	8.877
Russische Föderation	7.751
Afghanistan	6.793
Türkei	6.286
Iran	5.974
Serbien	5.578
Georgien	4.511
Nordmazedonien	3.860
Pakistan	3.533
Ungeklärt	3.439
Guinea	3.245
Albanien	2.991
Syrien	2.872
Indien	2.848

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 29. Februar 2024	17.751
Länder	
Baden-Württemberg	1.425
Bayern	2.268
Berlin	2.331
Brandenburg	793
Bremen	154
Hamburg	751
Hessen	1.059
Mecklenburg-Vorpommern	246
Niedersachsen	1.578
Nordrhein-Westfalen	3.669
Rheinland-Pfalz	854
Saarland	73
Sachsen	1.207
Sachsen-Anhalt	447
Schleswig-Holstein	604
Thüringen	292

Ausreisepflichtige Personen mit abgelehntem Asylantrag ohne Duldung zum Stichtag 29. Februar 2024	17.751
darunter:	
Irak	1.508
Türkei	1.201
Serbien	1.176
Georgien	1.059
Albanien	963
Nordmazedonien	826
Russische Föderation	795
Moldau (Republik)	710
Nigeria	700
Afghanistan	644
Iran	545
Kosovo	492
Pakistan	452
Bosnien und Herzegowina	382
Rumänien	336

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 29. Februar 2024	27.688
Länder	
Baden-Württemberg	3.339
Bayern	3.081
Berlin	1.435
Brandenburg	1.587
Bremen	290
Hamburg	907
Hessen	1.379
Mecklenburg-Vorpommern	745
Niedersachsen	3.354
Nordrhein-Westfalen	5.372
Rheinland-Pfalz	1.202
Saarland	229

Sachsen	1.917
Sachsen-Anhalt	534
Schleswig-Holstein	1.511
Thüringen	806

Ausreisepflichtige Personen mit einem anhängigen Asylverfahren zum Stichtag 29. Februar 2024	27.688
darunter:	
Irak	2.756
Afghanistan	2.684
Syrien	2.566
Türkei	2.469
Russische Föderation	2.089
Georgien	1.421
Iran	1.385
Nigeria	1.225
Nordmazedonien	1.191
Serbien	717
Somalia	529
Pakistan	493
Albanien	475
Armenien	455
Ungeklärt	406

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 29. Februar 2024	Als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	Anzahl Flüchtlinge
insgesamt	71	1.024	850	1.945
Länder				
Baden-Württemberg	14	83	84	181
Bayern	3	125	56	184
Berlin	2	51	61	114
Brandenburg	1	28	13	42
Bremen	1	22	16	39
Hamburg	9	129	28	166
Hessen	5	91	61	157
Mecklenburg-Vorpommern	0	22	15	37
Niedersachsen	4	66	57	127
Nordrhein-Westfalen	25	187	176	388
Rheinland-Pfalz	0	82	60	142
Saarland	2	8	107	117
Sachsen	0	36	31	67
Sachsen-Anhalt	3	25	24	52
Schleswig-Holstein	2	51	26	79
Thüringen	0	18	35	53

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 29. Februar 2024	Als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	Anzahl Flüchtlinge
Syrien	3	140	637	780
Afghanistan	3	335	33	371
Iran	17	152	11	180
Irak	6	97	39	142

Ausreisepflichtige Personen mit einem Schutzstatus zum Stichtag 29. Februar 2024	Als Asylberechtigter nach Artikel 16a GG anerkannt	Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Absatz 1 AsylG	subsidiärer Schutz nach § 4 Absatz 1 AsylG gewährt	Anzahl Flüchtlinge
Türkei	25	53	7	85
Russische Föderation	1	26	21	48
Eritrea	1	25	19	45
Ungeklärt	0	29	14	43
Somalia	0	29	9	38
Pakistan	0	17	1	18
Aserbaidshan	0	11	4	15
Nigeria	4	9	2	15
Libyen	0	5	9	14
Guinea	0	8	2	10
Äthiopien	2	6	1	9

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts zum Stichtag 29. Februar 2024	2.338
Länder	
Baden-Württemberg	586
Bayern	431
Berlin	81
Brandenburg	34
Bremen	15
Hamburg	50
Hessen	236
Mecklenburg-Vorpommern	8
Niedersachsen	128
Nordrhein-Westfalen	504
Rheinland-Pfalz	119
Saarland	8
Sachsen	54
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein	39
Thüringen	18

Ausreisepflichtige Unionsangehörige ohne Verlust des Freizügigkeitsrechts zum Stichtag 29. Februar 2024	2.338
darunter:	
Kroatien	829
Rumänien	426
Italien	255
Polen	213
Bulgarien	116
Spanien	94
Griechenland	87
Portugal	48
Niederlande	48
Ungarn	37
Litauen	30
Tschechische Republik	30
Österreich	29
Frankreich	21
Schweden	17

vollziehbare/rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt	Jahr 2023
Summe	13.119
männlich	10.871
weiblich	2.157
unbekannt	91

vollziehbare/rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt	Jahr 2023
Altersgruppen insgesamt	13.119
unter 18 Jahre	1.328
18 Jahre oder älter	11.791

vollziehbare/rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt	Jahr 2023
Aufenthaltsdauer	13.119
weniger als 6 Jahre	10.572
6 Jahre oder länger	2.340
unbekannt	207

vollziehbare/rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt	2023
Länder	13.119
Baden-Württemberg	760
Bayern	1.534
Berlin	1.216
Brandenburg	143
Bremen	65
Hamburg	982
Hessen	2.156
Mecklenburg-Vorpommern	19
Niedersachsen	855
Nordrhein-Westfalen	3.988
Rheinland-Pfalz	164
Saarland	84
Sachsen	919
Sachsen-Anhalt	50
Schleswig-Holstein	114
Thüringen	70

vollziehbare/rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt	2023
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten:	13.119
Rumänien	1.947
Bulgarien	1.271
Polen	1.009
Albanien	660
Serbien	637
Georgien	618
Türkei	572
Marokko	439
Moldau (Republik)	366
Algerien	362
Spanien	230
Nordmazedonien	224
Vietnam	219
Tschechische Republik	213
Bosnien und Herzegowina	209

34. Wie oft wurde in den Jahren von 2010 bis 2023 eine vollziehbare bzw. rechtskräftige Ausreisepflicht festgestellt (gegebenenfalls Angaben machen, soweit vorliegend, bitte auch nach Jahren differenzieren), wie hoch war demgegenüber die Zahl der Abschiebungen bzw. der freiwillig-kontrollierten Ausreisen (erfasste Grenzübertrittsbescheinigungen, bei Angaben bitte ebenfalls nach Jahren auflisten), und wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen?

Belastbare statistische Angaben zu der Zahl der Personen pro Jahr, bei denen im Sinne der Fragestellung eine vollziehbare Ausreisepflicht festgestellt wurde, können aus den Daten des AZR nicht ermittelt werden. Daher liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Die weiteren statistischen Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Abschiebungen	freiwillige Ausreisen mit Grenzübertrittsbescheinigung
	Anzahl Personen	Anzahl Personen
2010	7.558	24.843
2011	7.917	19.864
2012	7.651	20.396
2013	10.198	21.115
2014	10.884	23.718
2015	20.888	39.874
2016	25.375	64.614
2017	23.966	43.378
2018	23.617	34.470
2019	22.097	31.694
2020	10.800	30.185
2021	11.982	22.171
2022	12.945	26.589
2023	16.430	29.981

Die Zahl der Feststellung einer vollziehbaren Ausreisepflicht hängt ebenso wie die Zahl der Abschiebungen und der freiwillig-kontrollierten Ausreisen von einer Vielzahl unterschiedlicher und oftmals wechselnder Einflussfaktoren ab. Angesichts der Zuständigkeit der Länder für den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes sowie aufgrund der o. g. Datenlage kann die Bundesregierung keine Bewertung im Sinne der Fragestellung abgeben.

35. Welche weiteren Maßnahmen zur Bereinigung der Daten im AZR insbesondere zu ausreisepflichtigen Personen hat es seit der Antwort der Bundesregierung zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 20/8182 gegeben, und welche konkreten Veränderungen und Korrekturen des Zahlenmaterials in Bezug auf welche Personengruppen waren infolgedessen feststellbar (bitte im Einzelnen auflisten und die Korrekturen, wenn möglich, quantifizieren), und welche diesbezüglichen Tätigkeiten und Projekte hat der Beauftragte für Datenqualität zuletzt mit welchen Erfolgen unternommen bzw. sind für die Zukunft geplant (bitte im Einzelnen auflisten)?

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Registerbehörde kann die Qualität der im AZR gespeicherten Daten nur im begrenzten Umfang beeinflussen. In erster Linie sind die zuständigen Ausländerbehörden (und in Asylangelegenheiten das BAMF) für die Datenqualität der sich in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich befindlichen Datensätze verantwortlich. Der bereits in Drucksache 20/8182 benannte Datenabgleich nach §§ 8, 8a AZRG ist umfangreich angelaufen. Erste Ausländerbehörden haben bereits quantitativ be-

reinigt. Dabei wurden auch Datensätze von ausreisepflichtigen Personen bereinigt, der Abgleich erstreckt sich über den gesamten Datenbestand der bereinigenden Behörde. Durch die rein quantitative Art des durchgeführten Abgleichs ist jedoch keine spezifische Aussage zu der angefragten Personengruppe möglich.

Aufgrund der weiter angespannten Personalsituation der Ausländerbehörden, der Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz und der daraus folgenden Konzentration der verfügbaren Kräfte auf den genannten Datenabgleich sind weitere Datenbereinigungen – wie im 14. Workshop zur Datenqualität im AZR zwischen Ländern und Registerführer vereinbart – gegenwärtig weitgehend ausgesetzt. Weiterhin steht das BAMF jedoch zur Verfügung, um Bereinigungslisten zu übermitteln, falls lokal Ressourcen für weitere Datenbereinigungen zur Verfügung stehen.

36. Welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele abgelehnte Asylsuchende bereits vor Eintreten der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht freiwillig ausreisen (bitte in absoluten und relativen Zahlen und differenziert auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten angeben), wozu durch Änderungen im AZR seit dem 1. November 2022 Angaben möglich sein sollen (www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse1-2023-mimap.pdf?__blob=publicationFile&v=13, S. 5, Fußnote 7)?

Angaben im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor.

Wenn Personen freiwillig vor Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht ausreisen, wird im AZR nach der Ausreise kein Speichersachverhalt mehr erfasst, der dokumentiert, wann die Ausreisepflicht vollziehbar geworden wäre. Somit fehlt ein Referenzdatum, mit dem die erfolgte Ausreise ins Verhältnis gesetzt werden könnte. Die in der Frage zitierte Annahme aus der verlinkten BAMF Kurzanalyse ist insoweit im Sinne der Fragestellung nicht zutreffend.

37. Welche Angaben können dazu gemacht werden, wie viele der in Deutschland zum 31. Dezember 2023 lebenden Geduldeten bzw. Asylsuchenden berechtigt bzw. nicht berechtigt waren, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und wie vielen von ihnen wurde dies im ersten Halbjahr 2023 erlaubt bzw. versagt (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren und zudem getrennt nach den Bundesländern auflisten)?

Zunächst wird – im Einklang mit bisherigen parlamentarischen Anfragen – davon ausgegangen, dass im zweiten Teil der Frage nach dem Gesamtjahr 2023 gefragt wird, nicht nach dem ersten Halbjahr 2023. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich daher jeweils auf das Gesamtjahr 2023.

Das AZR erfasst lediglich, in welchen Fällen Geduldeten bzw. Gestatteten eine Erwerbstätigkeit erlaubt bzw. versagt worden ist, allerdings lassen diese Daten keine Aussage darüber zu, ob die Erwerbstätigkeit, zu der die Erlaubnis erteilt wurde, auch tatsächlich aufgenommen wurde bzw. zum Stichtag noch bestand.

Zum 31. Dezember 2023 lag bei 22.418 geduldeten Personen eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 4.681 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. In 2.325 Fällen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt. Davon wurde im Jahr 2023 4.401 geduldeten Personen eine Beschäftigungserlaubnis von der Ausländerbehörde erteilt,

zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat, 942 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. In 313 Fällen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt.

Bei 24.758 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung lag eine von der Ausländerbehörde erteilte Beschäftigungserlaubnis vor, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 1.145 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. Bei 1.211 Personen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt. Davon wurde im Jahr 2023 17.822 Personen eine Beschäftigungserlaubnis von der Ausländerbehörde erteilt, zu der die Bundesagentur für Arbeit ihre Zustimmung gegeben hat. 473 Personen haben die Erlaubnis zu einer zustimmungsfreien Beschäftigung erhalten, bei der die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht erforderlich ist. Bei 761 Personen wurde eine Beschäftigungserlaubnis abgelehnt. Weitere Differenzierungen können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2023	4.401
darunter Hauptstaatsangehörigkeiten	
Irak	793
Türkei	524
Afghanistan	351
Syrien	210
Nigeria	208
Iran	199
Vietnam	177
Somalia	123
Guinea	117
Pakistan	102
Georgien	101
Marokko	97
Kolumbien	93
Ukraine	87
Gambia	76

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2023	4.401
Länder	
Baden-Württemberg	656
Bayern	289
Berlin	472
Brandenburg	148
Bremen	77
Hamburg	393
Hessen	223
Mecklenburg-Vorpommern	154
Niedersachsen	418
Nordrhein-Westfalen	567
Rheinland-Pfalz	297
Saarland	0
Sachsen	358
Sachsen-Anhalt	100
Schleswig-Holstein	122
Thüringen	127

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zu zustimmungsfreier Beschäftigung aus dem Jahr 2023	942
darunter:	
Irak	166
Afghanistan	79
Iran	77
Nigeria	64
Guinea	47
Türkei	43
Pakistan	38
Syrien	33
Somalia	32
Russische Föderation	29
Armenien	25
Libanon	24
Aserbaidschan	22
Ungeklärt	18
Georgien	17

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Erlaubnis zu zustimmungsfreier Beschäftigung aus dem Jahr 2023	942
Länder	
Baden-Württemberg	74
Bayern	185
Berlin	35
Brandenburg	38
Bremen	3
Hamburg	19
Hessen	11
Mecklenburg-Vorpommern	4
Niedersachsen	56
Nordrhein-Westfalen	286
Rheinland-Pfalz	79
Saarland	0
Sachsen	102
Sachsen-Anhalt	3
Schleswig-Holstein	34
Thüringen	13

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2023	313
darunter:	
Irak	49
Türkei	37
Afghanistan	20
Iran	19
Vietnam	16
Syrien	14
Ungeklärt	12
Nigeria	10
Marokko	10
Ukraine	10
Ghana	10
Georgien	9

Serbien	8
Pakistan	7
Libanon	6

Aufhältige Personen mit Duldung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2023	313
Länder	
Baden-Württemberg	33
Bayern	15
Berlin	64
Brandenburg	22
Bremen	10
Hamburg	34
Hessen	8
Mecklenburg-Vorpommern	6
Niedersachsen	26
Nordrhein-Westfalen	47
Rheinland-Pfalz	15
Saarland	0
Sachsen	8
Sachsen-Anhalt	5
Schleswig-Holstein	15
Thüringen	5

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2023	17.822
darunter:	
Türkei	5.736
Afghanistan	3.023
Irak	1.530
Syrien	1.388
Iran	803
Kolumbien	337
Somalia	297
Nigeria	283
Jemen	264
Georgien	263
Pakistan	256
Burundi	246
Ungeklärt	241
Russische Föderation	208
Indien	202

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur Beschäftigung aus dem Jahr 2023	17.822
Länder	
Baden-Württemberg	3.998
Bayern	1.920
Berlin	1.415
Brandenburg	568
Bremen	66
Hamburg	703
Hessen	1.600
Mecklenburg-Vorpommern	773

Niedersachsen	2.203
Nordrhein-Westfalen	1.952
Rheinland-Pfalz	732
Saarland	2
Sachsen	738
Sachsen-Anhalt	438
Schleswig-Holstein	361
Thüringen	353

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur zustimmungsfreien Beschäftigung aus dem Jahr 2023	473
darunter:	
Iran	66
Irak	61
Nigeria	44
Türkei	42
Afghanistan	30
Syrien	26
Pakistan	22
Somalia	20
Guinea	20
Russische Föderation	13
Kamerun	9
Aserbaidshjan	8
Armenien	8
Gambia	8
Eritrea	7

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Erlaubnis zur zustimmungsfreien Beschäftigung aus dem Jahr 2023	473
Länder	
Baden-Württemberg	44
Bayern	83
Berlin	26
Brandenburg	22
Bremen	2
Hamburg	2
Hessen	21
Mecklenburg-Vorpommern	2
Niedersachsen	30
Nordrhein-Westfalen	150
Rheinland-Pfalz	8
Saarland	0
Sachsen	43
Sachsen-Anhalt	0
Schleswig-Holstein	31
Thüringen	9

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2023	761
darunter:	
Türkei	284
Afghanistan	96
Syrien	88
Irak	77
Iran	48
Ungeklärt	24
Russische Föderation	14
Pakistan	13
Personen aus den palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	10
Georgien	8
Kolumbien	7
Somalia	6
Tunesien	6
Aserbaidschan	6
Vietnam	6

Aufhältige Personen mit Aufenthaltsgestattung mit einer Ablehnung der Beschäftigungserlaubnis aus dem Jahr 2023	761
Länder	
Baden-Württemberg	130
Bayern	42
Berlin	95
Brandenburg	22
Bremen	4
Hamburg	24
Hessen	100
Mecklenburg-Vorpommern	37
Niedersachsen	88
Nordrhein-Westfalen	92
Rheinland-Pfalz	46
Saarland	0
Sachsen	18
Sachsen-Anhalt	22
Schleswig-Holstein	27
Thüringen	14